



Uebersicht der Nachrichten.

Landtags-Angelegenheiten. Schreiben aus Berlin (die Industriellen, die deutsch-katholische Gemeinde, Beir. der prakt. Polizei). Aus Stettin (die Eisenbahn-Gesellschaft), Danzig, Dirschau, Königsberg (Petitionen), Magdeburg (Kong.), Aachen und vom Rhein. — Leipziger Briefe (die Messe, die deutsch-katholische Gemeinde, Konge). Aus Worms (mildere Instruktionen f. kath. Geistl.), Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt, Nürnberg (die Beschwerden der Protestanten) und Frankfurt. — Wiener Briefe (der Wasserstand). — Aus Rußland. — Aus Frankreich. — Aus Madrid. — Aus London. — Aus der Schweiz.

Landtags-Angelegenheiten.

Provinz Schlesien.

Breslau, 31. März. 36ste Plenar-Sitzung vom 26. März. — Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Landtags-Marschall theilte derselbe der Versammlung den Eingang mehrerer Schreiben des Herrn Landtags-Kommissarius mit, von denen das eine die Eröffnung enthält, daß Se. Excellenz höheren Orts in Betreff der im Protokoll der 11ten Plenar-Sitzung, Druckseite 90 enthaltenen Aeußerung:

daß Se. Majestät Mittel und Wege auffinden werden, den Jurisdiktionarien für den bevorstehenden Sporteln-Ausfall eine Entschädigung zu gewähren,

authorisirt sei, zu erklären, daß Se. Maj. eine solche Entschädigung zu gewähren nicht beabsichtige.

Nach der Vorlesung und Genehmigung mehrerer Adressen wurde zum Vortrage des Referats des 6ten Ausschusses über die Allerhöchste Ute Proposition enthalten:

den Gesetzentwurf zur Aufbringung und Erstattung der Aufgreifungs-Detentions- und Transportkosten bei Bettlern, Vagabonden und legitimationslosen Personen

übergegangen.

Zur Beseitigung der Hindernisse, welche einer kräftigen Handhabung der sicherheitspolizeilichen Bestimmungen wegen Aufgreifung der Bettler, Landstreicher und sonstiger legitimationsloser, verdächtiger Individuen, durch die Bestimmungen der Criminal-Ordnung §. 622 u. f. des Allgemeinen Landrechts und Thl. II. Tit 19 §. 23 und 7 der Kabinettsordre vom 28. Juli 1836 gegebene Anwendung häufig entgegen getreten sind, findet der hohe Gesetzgeber auf den Antrag des Staats-Ministerii und nach vernommenem Gutachten der Stände für sämtliche Provinzen der Monarchie, mit Ausnahme der Rheinprovinz, Sich zu dem Erlaß gegenwärtiger Proposition bewogen.

Von Seiten des Ausschusses wurde nach Vorlesung des Referats hervorgehoben, daß es notwendig sei, als prinzipielle Vorfrage darüber zu entscheiden:

ob der Landtag gemeint sei, von der Gnade Sr. Majestät des Königs die Aufrechterhaltung der betreffenden Bestimmungen des Allerhöchsten Edikts vom 1. April 1772 allerunterthänigst zu erbitten und demgemäß den vorliegenden Gesetzentwurf für den diesseitigen Provinzial-Verband abzulehnen, in sofern derselbe die in Rede stehenden Kosten nicht den Staatsfonds, sondern den zu bildenden Fonds der künftigen Land-Armen-Verbände überweist.

Dieser Ansicht wurde mit der Bemerkung beigegeben, daß dies um so wichtiger sei, weil sonst auch die Bestimmungen der Edikte und Rescripte vom 13ten August 1780 und 6. Januar 1826, vermöge welcher festgestellt ist, daß auch bei delictis publicis der Fiskus die Kosten zu tragen hat, in gleicher Weise aufgehoben werden könnten. Andererseits wurde entgegen, daß durch eine vor der Berathung stattfindende Abstimmung es den Anschein gewinnen könne, als wolle der Landtag den Gesetzentwurf ganz und gar beseitigen. Dies sei jedoch darum nicht wünschenswerth, weil das Edikt von 1772 nur die Vagabonden und das Diebsgesindel, nicht aber die rückfälligen Bettler und legitimationslosen Personen betreffe. Zur Feststellung der Vertigtheit. Durch spätere Edikte von 1772 und 1783 sei das von 1772 bereits beschränkend deklarirt worden.

Dieser Behauptung wurde durch Vorlesung der §§. 15, 2 des Edikts von 1779 zu begegnen und darzutun gesucht, daß grade diese Gesetzkelle für die Ansicht des Ausschusses spreche. Auch wurde zur Wahrung der Rechte der Ober-Laufitz der §. 9. des unterm 7. Februar 1784 landesherrlich bestätigte Regulativs wegen Errichtung einer Ober-Laufitzischen Landes-Criminal-Kasse angeführt, vermöge dessen unter den jetzigen Verhältnissen der Staat die deshalb entspringenden Kosten zu tragen habe; in demselben seien ausdrücklich die Bettler genannt.

Dagegen wurde entwickelt, daß auf Grund der Trennung, welche in dem Edikt von 1779 zwischen Bettlern und Vagabonden stattfindet, die Gerichte Veranlassung genommen haben, zu folgern: das Gesetz von 1772 umfasse nicht beide Kategorien. Jedenfalls stehe jetzt gesetzlich und in praxi diese Trennung fest, und was die Ober-Laufitz beantrage, so möge jene Bestimmung von 1784 immerhin ihre Geltung behalten, denn bei der Regulirung des Land-Armen-Wesens werde jener Landestheil von Schlesien getrennt bleiben.

Dnerachtet der verschiedenen Auslegungen des Edikts von 1772, so vereinigen sich doch alle Meinungen ohne Ausnahme dahin: daß durch ein Amendement zu dem vorliegenden Gesetz-Entwurfe die Aufrechterhaltung der Bestimmungen dieses Edikts, welches die Provinz von der Gnade des großen Königs empfangen, für Schlesien erbeten werden solle.

Es wurde hierauf zu der Berathung über die einzelnen Paragraphen des Gesetz-Entwurfs übergegangen.

§. 1 des Gesetzes wurde angenommen. Mit den Bestimmungen des §. 2 und 3 stimmte der Ausschuss überein, besonders, weil sich nach dem Regulativ über das Land-Armen-Wesen die Land-Armen-Verbände in größerem Umfange constituiren sollten.

Gegen die Paragraphen wurde jedoch eingewendet, sie nehmen die Kosten der Polizei-Obriegkeit ab und legen sie der Armenpflege auf, überdies sei das angezogene Gesetz vom 6. Januar 1843 so unbestimmt in seinen Definitionen, daß daraus neue Bedenken herborgehen könnten. Andererseits konnte man die Nothwendigkeit der Trennung des Gesetzes vom 6. Januar 1843 von dem gegenwärtigen nicht anerkennen. Ersteres hat flos den Begriff der Landstreicher definiert, die Bettler seien nicht immer verdächtig und gehörten der Armenpflege. Bis her habe das Land-Armenhaus die Aufgreifungskosten erstattet, künftig werde dies aus den Fonds der Land-Armen-Verbände geschehen. Dagegen wurde bemerkt: die hierüber auftauchenden Bedenken würden bei der Berathung des Land-Armen-Regulativs erledigt werden. Der vorliegende Gesetz-Entwurf sei für die ganze Monarchie verfaßt und man könne die obigen Paragraphen unbedenklich annehmen, wenn die Rechte Schlesiens durch ein Amendement geschützt würden.

Auf die Bemerkung über die Unzweckmäßigkeit der Einziehung der Polizeistrafgelder auf dem Lande für die Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit wurde entgegnet: daß eines Theils dies nicht überall Statt fände, indem sowohl in ganzen Kreisen der Provinz als auch von vielen einzelnen Gutsbesitzern die Polizei-Strafgelder den Orts-Armen-Kassen überwiesen würden. Ferner wurde erwähnt, daß von der Ueberweisung dieser Einkünfte der Ortspolizei-Behörden auf dem Lande an die Orts-Armen-Kassen, wenig Vortheil zu erwarten sei, indem dann nothwendig auch die sämtlichen betreffenden Lasten von der letztern getragen werden müßten, welche jene Einnahme leicht überschreiten könnten. Es wurde hierauf entgegnet, daß dieser Uebelstand nicht zu befürchten sei, wenn der Landtag eine Trennung der Bestimmungen hinsichtlich der Bettler und der Vagabonden beantrage. Nachdem darauf aufmerksam gemacht worden war, daß in der Laufitz die Dominien mit den Gemeinden in Betreff der Land-Armenpflege nicht verbunden sind, wurde das von einem Abgeordneten der Landgemeinen gestellte Amendement, zu beantragen: daß in Schlesien und der Grafschaft Glatz mit Ausschluß der Oberlaufitz, die Polizei-Strafgelder den Orts-Armen-Kassen unter der Voraussetzung zufließen, daß dieselben auch die, der Provinz nach dem Gesetz-Entwurf erwachsenden Kosten bestreiten möchten, mit 57 gegen 18 Stimmen genehmigt, und hierauf die §§. 2 und 3 angenommen.

Bei §. 4 wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit beschlossen:

statt der Aufhebung des Edikts vom 1. April 1772 die Anerkennung des Fortbestehens desselben, sowie des in dem oberlaufitzischen Kriminal-Kassen-Regulativ vom Jahre 1784 §. 9 enthaltenen Grundsatzes auszusprechen, und den ganzen Gesetzentwurf mit obigen Abänderungen anzunehmen.

Es folgte hierauf der Vortrag des Central-Ausschusses über folgende Petitionen:

- 1) des Magistrats und der Stadtverordneten zu Breslau, um Aufhebung der Censur und Einführung einer, mit gesetzlichen Strafbestimmungen versehenen Pressefreiheit;
- 2) des Abgeordneten für Liegnitz, wegen freier Presse unter Emanation eines strengen umfassenden Pressegesetzes;
- 3) mehrerer Grundbesitzer und Kaufleute, datirt Reisse 5. Febr. 1845, wegen Aufhebung der Vor-Censur und Gestattung freier Presse;
- 4) eines Geistlichen zu Schweidnitz, beantragend die zu beschränkende Anonymität der periodischen Presse;
- 5) eines Rittergutsbesizers, Mültischer Kreises, die Anonymität der Presse betreffend.

Der Ausschuss beantragte unter Vorlesung eines Theils deren Inhalts, die sub 3 Nr. 120 des gedruckten Verzeichnisses erwähnte Petition de dato Reisse, wegen Einmischung verlegender und gehässiger Gegenstände, zurückzuweisen, welcher Ansicht der Landtag mit überwiegender Stimmenmehrheit beipflichtete.

Ueber den in den Petitionen angeregten Gegenstand entspann sich eine lebhafte Debatte, welche sich zunächst um die beiden, vom Ausschuss gestellten Fragen bewegte:

- 1) Soll Allerhöchsten Orts um Erlaß eines Pressegesetzes und Gestattung der Pressefreiheit gebeten werden?
- 2) Im Fall der Landtag diese Frage ablehnt, sollen unter Bezugnahme auf die von der Stadt Breslau eingereichte Denkschrift die Mängel des jetzigen Zustandes Sr. Majestät dem König allerunterthänigst angezeigt werden, mit der Bitte, bei Erweiterung der bestehenden Vorschriften Abhilfe Allergnädigst anordnen und einen Zustand herbeizuführen zu geruhen, bei welchem ausreichende positive Gesetze über Druckerlaubnis bestimmen?

In der Versammlung gab sich die einstimmige Ansicht kund, daß der gegenwärtige Zustand der Presse ein ungenügender ist.

Ein Mitglied der Ritterschaft sprach sich dahin aus: Unbezweifel ist eines der größten Güter für den Einzelnen die Freiheit des Wortes und der Schrift, durch welche Mittel er mit seinen Mitbürgern in geistigen Verkehr tritt.

Könnten wir uns ein Volk auf dem sittlichen und intellectuellen Standpunkt denken, daß es selbst die Censur durch sein Urtheil übre, so wären alle Pressegesetze überflüssig. Dieser Zustand liegt jedoch im Reiche der Ideen, und es ist nur eine Annäherung an denselben denkbar. Daß der gegenwärtige Zustand unserer Censurverhältnisse ein höchst ungenügender ist, der weder die Freiheit des Wortes schützt, noch der Pressefreiheit steuert, wird allgemein gefühlt. Eine Abänderung dieses Zustandes ist demnach unter allen Bedingungen wünschenswerth. Die Aufgabe des Staats ist es, solche Gesetze zu erlassen, welche die Rechte des Einzelnen wie der Gesamtheit gegen Angriffe der Presse schützen. Dieser Zweck wird aber eher durch Freiheit der Presse mit strengen Strafgesetzen als durch das gegenwärtige präventive Mittel der Censur erreicht, wo so viel auf die individuelle Ansicht des Censors ankommt. Freiheit der Presse und angemessene Pressegesetze erscheinen jedoch nur dann angemessen, wenn ein öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren in Strassachen stattfindet. Es kommt bei Beurtheilung der Pressevergehen nicht sowohl auf die Deutung einzelner, aus dem Zusammenhange gerissener Worte und Sätze, sondern vielmehr darauf an, daß der Sinn, die Absicht, der Zusammenhang der Worte beurtheilt werde. Die richterliche Entscheidung darf daher nicht sowohl auf jurisdischer Auslegung, als auf dem praktischen unbefangenen

Blick vielseitig gebildeter unabhängiger Richter beruhen, welche letztere von dem faktischen Zusammenhange, von der öffentlichen Meinung unmittelbar unterrichtet sein dürften. Dem Antrage, so wie der Freigebung der Presse unter angemessenen Strafbestimmungen würde demnach die Einrichtung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in Kriminalsachen vorangehen müssen, wenn der gehoffte Erfolg vollständig erreicht werden soll.

Dem folgte ein städtischer Abgeordneter, daß der Antrag ein zeitgemäßer sei, gehe aus dem Referat des Ausschusses und aus den bereits geäußerten Ansichten hervor. Die deutsche Bundes-Acte erkenne an, daß das Wort, geschrieben oder gesprochen, frei sein solle. Sie sind aber mannigfache Auslegungen und Befehlungen gefolgt, wie die Karlsbader Beschlüsse und in neuerer Zeit die der Minister im Jahre 1834, welche erst im vorigen Jahre bekannt geworden sind, und in welchen anerkannt wird, daß bei dem Streben des Volkes nach Pressfreiheit, selbst im Interesse der Regierung, nach und nach mehr Freiheit einzuräumen sei. Die Pressfreiheit habe öfters aufregend in Zeiten der Noth und in andern Gefahren beschwichtigend gewirkt. Eine gute Pressgesetzgebung könne nur durch Deffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschwornen-Gerichte bei dem Rechtsverfahren erzielt werden. Hier ist der Richterspruch durch Seinesgleichen erforderlich. Die betreffende Bitte sei bereits vom gegenwärtigen Landtage an des Königs Majestät ergangen und die um eine umfassendere Pressgesetzgebung könne jener Bitte consequent folgen. Allgemein anerkannt werde die Unerträglichkeit des jetzigen Zustandes der Censur. Es giebt jetzt keine Mittel gegen unverschämte persönliche Angriffe der Presse, als die schriftliche Vertheidigung, die nicht Jedem und nicht immer möglich ist. Die Censur hat weder dem Staate noch dem Individuum irgend einen Nutzen gebracht. Dies bewähre eine kürzlich in Berlin erschienene Broschüre, welche unter Censur und mit Genehmigung des Staats gedruckt, in den pöbelhaftesten Ausdrücken gegen eine Klasse von Staatsbürgern sich ergeht. Durch eine solche Censur ist die Verfassung nicht geschützt. Es ist demnach die Pflicht des Landtages, Se. Majestät den König um ein Pressgesetz zu bitten, welches den Staat, die Religion, die Moralität, die Persönlichkeit schützt, ohne Censur.

Für diese letztere erhob sich keine Stimme in der Versammlung, doch machten mehrere Mitglieder auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche der Gewährung der Bitte um Pressfreiheit entgegenstehen dürften.

Ferner wurde erwähnt, des Königs Majestät wolle unbedenklich die möglichste Freiheit der Presse, das zeige am Besten die freie Bewegung, die sie jetzt bereits seiner Gnade verdanke, die Hindernisse seien theils innere, theils auswärtige. Eine Fraktion erwartete von der Pressfreiheit alles Heil, eine andere erkenne in ihr bloß ein gutes Hilfsmittel zum Bessern. Es könne ein Staat gut regiert sein, ohne daß er im Stande wäre, den Kampf mit einer ganz ungezügelter Presse zu bestehen, denn es ist dies nicht immer ein Kampf um Licht und Recht. In England sei derselbe allmählig unschädlich geworden, in Spanien und Portugal richte er noch großes Unheil an. Es sei zwar einer der schönsten Vorzüge des Landtages, solche Bitten zu den Stufen des Thrones gelangen zu lassen, man möge aber doch Allerhöchsten Orts anheimsstellen, ob nicht zwischen heutiger Censur und völliger Pressfreiheit ein Mittelweg zu finden sein würde.

Ein Abgeordneter der Ritterschaft erwähnte ferner: man könne nicht um Pressfreiheit allein bitten, isolirt sei sie eine unausführbare Sache. Besondere Hindernisse für Gewährung der Bitte lägen

- 1) in den Bestimmungen des deutschen Bundes,
- 2) in dem Mangel an Deffentlichkeit unserer Gerichtsverfassung,
- 3) in der noch stattfindenden Monopolisirung der periodischen Presse.

Dagegen erblicke er in unsern Staats-Instituten keine Hindernisse. Ferner wurde erwähnt: Unzulänglichkeit des jetzigen Censurverhältnisses mache schleunige Abhilfe wünschenswerth. Deshalb sei es vorzuziehen, nicht um Pressfreiheit oder Vorlegung eines Censurgesetzes zu bitten, welche vielleicht den Zeitaufwand einer Reihe von Jahren erfordern würden. Bei unserm jetzigen Gerichtsverfahren seien Tendenzprozesse zu fürchten. Zur Vermeidung von Rückschritten möge man nur das Erreichbare erbitten.

Nachdem der Herr Landtagsmarschall sich dahin geäußert: daß, wenn man Pressfreiheit ohne Censur beantrage, etwas verlange werde, was nicht einmal in allen konstitutionellen Staaten stattfindet, auch hier Allerhöchsten Orts die Rücksicht auf die Beschlüsse des deutschen Bundes vorwalteten, daher die Bejahung der 2ten vom Ausschuss gestellten Frage am angemessensten zum Ziele führen würde, wurde zur Abstimmung geschritten und die 1te vom Ausschuss gestellte Frage:

Soll Allerhöchsten Orts um Erlaß eines Pressgesetzes und Gestattung der Pressfreiheit gebeten werden? mit 55 gegen 24 Stimmen zur Petition erhoben.

Ein Deputirter der Ritterschaft erklärte, er habe für obige Frage nur in der Hoffnung gestimmt, ein Amendement in Betreff der Abschaffung der jetzigen Monopole der periodischen Presse zur Abstimmung und An-

nahme zu bringen. Es stehe diese Maßregel in nothwendigem Zusammenhange mit der Pressfreiheit und sei jene nicht ohne diese zu denken.

Das nach kurzer Diskussion zur Abstimmung gebrachte Amendement:

in einer besondern Adresse Allerhöchsten Orts zu bitten, unabhängig von dem Erlaß der Pressgesetze schon gegenwärtig alle Monopole für die periodische Presse aufzuheben,

wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Die 2te vom Ausschuss gestellte Frage kam, als durch die 1te erledigt, nicht zur Abstimmung.

Eine 3te und letzte Frage des Ausschusses, ob Allerhöchsten Orts um Anordnungen gebeten werden soll, welche die Redactionen jeder Zeitschrift verpflichten, die Verfasser aller Artikel über Thatsachen, Zustände oder Personen bei Abdruck des Artikels jederzeit namhaft zu machen?

fand lebhaften Widerspruch, indem angeführt wurde, daß die Verantwortlichkeit der Redactoren als namhafter verantwortungsfähiger Männer, mehr werth sei, als die eines oft obskuren Verfassers, letzterer bleibe ohnedem Coinculpat, sobald der Redacteur ihn nenne. Dieser Antrag sei der gefährlichste, welcher gegen die Presse gemacht werden könne. Abgesehen von der Politik würden die größten Mißbräuche unaufgedeckt bleiben, weil die persönlichen Verhältnisse dem Schreiber oft unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen würden. Der Redacteur würde nöthigenfalls seinen Namen unter alle Artikel setzen; dieser Antrag würde im Pressgesetz seine Erledigung finden, sollte er aber Maß greifen ohne Pressfreiheit, so würden wir bald gar keine Presse mehr haben.

Gegen diese Argumentation erhoben sich jedoch zahlreiche Stimmen. Wer von der einen Seite Offenheit verlange, müsse sie auch von der andern zugestehen. Nicht auf die gerichtliche Strafe komme es an, sondern auf den Richterstuhl der öffentlichen Meinung, die den Verläumder treffen und den ruhigen Bürger schützen werde. Wer den Muth hat, anzuklagen, muß auch den Muth haben, sich zu nennen. Jedes Gesetz kann umgangen werden, dagegen hat die Befehlsgebung vorzudenken, dies zu verhindern.

Nach dieser Debatte wurde die obige Frage mit 56 gegen 23 Stimmen angenommen.

Provinz Preußen.

Danzig, 22. März. (Danz. Z.) (Schluß des Berichts über die 35te Plenar-Sitzung.) Zahlreiche Petitionen um Pressfreiheit liegen dem Landtage zur Verathung vor. Bereits der achte Provinzial-Landtag erkannte das Drückende der bestehenden Censur-Verhältnisse und erlaubte sich in einer Denkschrift an Se. Maj. den König die Bitte um vollständige Pressfreiheit und ein Press-Strafgesetz. In dem Allerhöchsten Landtags-Abschiede vom 30. Decbr. 1843 ist derselbe dahin beschieden, daß die neueste Befehlsgebung in Hinsicht der Censur nach festen Principien geregelt, wesentliche durch die Bundesbeschlüsse nicht gebotenen Beschränkungen aufgehoben, auch mehrere in der Anwendung zweifelhafte Bestimmungen auf feste Normen zurückgeführt wären; durch die Einsetzung des Ober-Censurgerichts, ferner sei eine gleichmäßige Sicherheit vor Zügellosigkeit der Presse sowohl, als vor willkürlicher Beschränkung derselben gewährt. Keine gute und edle Richtung, wohl aber strenge und hoshafte, auf Untergrabung der göttlichen und menschlichen Gesetze gerichtete Tendenzen seien durch diese Verordnungen, der Absicht des hohen Befehlsgebers gemäß, beschränkt. Bei der Erörterung des Gegenstandes äußerte sich die Versammlung übereinstimmend dahin, daß der achte Landtag die Erreichung keines andern Zwecks als des von Sr. Maj. ausgesprochenen, beabsichtigt habe. Es seien nun aber nach Erlaß des neuen Censurgesetzes bereits 2 Jahre verflossen und eine reiche Erfahrung habe herausgestellt, daß der bei diesen Einrichtungen beabsichtigte Zweck fester, und für jeden Wohlwollenden erkennbarer Normen und Principien, dessen wohlwollende Richtung dankbar erkannt sei, nicht erreicht sein dürfe. Abgesehen davon, daß der Natur der Sache gemäß die Censoren in ihren Ansichten, also auch in ihrem Verfahren von einander abweichen, und dessen Berichtigung durch das Ober-Censurgericht, namentlich für Tagesblätter fast immer zu spät erfolge, so bleiben Berichtigungen dieser Art leider fast ganz ohne Erfolg für ein künftiges Verfahren, ja dieselben gelten nicht einmal als Maßstab für die nächstliegenden oder gleichzeitigen Verhältnisse. Die Censoren richten sich nach den Entscheidungen des Ober-Censurgerichts gewöhnlich nur für die speciellen Fälle, in denen jene erfolgt sind, und weichen in ganz ähnlichen wiederum entschieden davon ab. Die Umsicht und Unparteilichkeit, mit welcher das Ober-Censurgericht seinen hohen Beruf erfüllt und die Entscheidungen oft auf eine bewundernswürdige Weise beschleunigt, werden allgemein anerkannt, und wenn daher der Einfluß dieser Behörde nicht seinen Zweck erreicht, so müsse dies in der Einrichtung selbst und in Umständen liegen, welche das Ober-Censurgericht nicht zu beseitigen vermag. Zu den letzteren gehören, wurde von mehreren Seiten angeführt, diejenigen Instructionen, welche der Herr Minister des Innern von Zeit zu Zeit an die Censoren ergehen läßt und welche man mit Recht geheime nennen

dürfte, da sie weder veröffentlicht werden, noch selbst den Censoren gestattet ist, sich auf dieselbe zu berufen, während die Erfolge derselben für den Unbefangenen und nicht Eingeweihten sich auf keine Weise mit den bestehenden gesetzlichen Anordnungen in Einklang bringen lassen. Daß dergleichen Instructionen, welche die Censoren wiederum zu Vollziehern geheimer polizeilicher Maßregeln machen, existiren, sei allgemein bekannt und noch kürzlich habe eine solche die Veröffentlichung einer jeden Mittheilung über die Verathung und Beschließung ständischer Petitionen für den Landtag untersagt, auch wenn gegen deren Gesetzmäßigkeit an sich selbst nicht das mindeste Bedenken obwaltete. Es wurden zahlreiche Fälle angeführt, welche man als Folgen der angeführten Verhältnisse anerkennen zu müssen glaubte. Häufig trete der Fall ein, daß Artikel censurter preussischer Zeitungen, selbst der, unter den Augen des königl. Ministerii des Innern erscheinenden, und des Russ vollkommener Integrität in Betreff aller literarischen Uebersetzungen genießenden Allg. Preuss. Zeit., nicht in andere Zeitungen übernommen werden sollen und es ist der Fall vorgekommen, daß ein Censor, durch das Ober-Censurgericht beauftragt, einen von ihm zurückgewiesenen Zeitungs-Artikel in die Zeitung des Schwereführers aufnehmen zu lassen, nicht gestattete, daß derselbe auch in andere Blätter derselben Stadt eingerückt werde. Nachtheiliger als Fälle dieser Art selbst sei der dadurch erzeugte Zustand in welchem Niemand mit Bestimmtheit weiß, ob und wie weit er sich in seinem Rechte befindet, von wem die Entscheidung über dasselbe abhängt, aus welchen Gründen diese erfolgt, und es wirke dieser Zustand hemmend und beschränkend auf alle wohlthätigen Schriftsteller und die von denselben gepflegte edlere und gesellschaftliche Literatur. Die Zahl der verbotenen Bücher dagegen häufe sich mit jedem Jahre. Während kein Verbot und keine Polizei-Maßregel im Stande ist, denselben den Eingang zu verwehren, wird im Gegentheil durch die Bekanntmachung der Verbote das Publikum von deren Vorhandensein stets auf das genaueste in Kenntniß gesetzt und die Zahl derer, deren Neigung, sie zu lesen, dadurch erweckt wird, ist der menschlichen Natur gemäß, nicht geringe. Was die Censoren gestrichen haben, wird durch diese verbotenen Bücher oft verbreitet; viele derselben haben offenbar eine schlechte, auf Untergrabung göttlicher und menschlicher Gesetze gerichtete Tendenz, und würden nie den Weg ins Publikum finden, wenn durch Pressfreiheit alten Büchern diejenige Glaubwürdigkeit wiedergegeben würde, deren jetzt die censurten entbehren. In diesen glaubt das lesende Publikum immer nur die halbe Meinung des Verfassers zu finden, da die ganze Wahrheit zu sagen der Censor nicht erlaube, und so verbreite sich schleichend ein Gift, das um so gefährlicher werden kann, als ihm die einzig genügende Gegenwirkung freier und gegen jeden Verdacht gesicherter Schriften genommen ist. Nach einer, von diesen Wahrnehmungen ausgehenden und den Gegenstand von den verschiedenartigsten Seiten beleuchtenden Debatte pflichtet man ganz übereinstimmend der Ansicht bei, daß die wohlthätige Absicht Sr. Maj. des Königs durch die bestehenden Einrichtungen nicht erreicht sei und beschließt der Landtag beinahe einstimmig, eine Denkschrift an Se. Maj. den König zu richten mit der Bitte, geeignete Maßregeln treffen zu lassen, daß den bezeichneten Uebelständen wenigstens in soweit abgeholfen werde, als die Verhältnisse zum deutschen Bunde es gestatten; gleichzeitig aber die unerschütterliche Hoffnung auszusprechen, daß Se. Maj. der König geruhen werde, nach erwirkter Uebereinstimmung mit den hohen deutschen Bundesstaaten dem Lande Pressfreiheit, geregelt durch ein Pressstrafgesetz allergnädigst zu gewähren. — In einigen der Petitionen um Pressfreiheit ist auch darauf aufmerksam gemacht, wie jetzt die Redefreiheit beschränkt werde, und wird um deren völlige Wiederherstellung gebeten. Einer Ministerial-Verfügung vom 25. October v. J. gemäß soll Niemand eine öffentliche Vorlesung halten, ohne zuvor der Polizei-Behörde das Manuscript zur Prüfung eingereicht zu haben. Selbst den Universitäts-Lehrern soll es nur gestattet sein, vor einem gemischten Publikum Vorlesung zu halten, wenn sie eine Bescheinigung des Regierungs-Bevollmächtigten beibringen, daß gegen ihr Vorhaben kein Bedenken obwaltet. Man konnte sich nicht verhehlen, daß es sich um eine überaus wichtige Sache handelt, indem die erwähnte Maßregel bisher nicht bestandene Beschränkungen eingeführt zu haben und daher wohl geeignet zu sein scheint, Anzusehens zu erwecken. Auf der andern Seite liegen jedoch nicht hinreichende Materialien vor, um ein gründliches Urtheil in dieser Angelegenheit abzugeben, da die angeführten Thatsachen isolirt und nicht so begründet dastehen, daß sie einen genügenden Anhalt gewähren und man zudem überzeugt ist, daß eine neue Beschränkung nicht in dem Willen Sr. Maj. des Königs liege. In zwei Petitionen auf Herstellung der Lehrfreiheit als des einzigen Palladiums der Gewissensfreiheit wird auszuführen gesucht, daß die Besorgniß vor Gefährdung der Lehrfreiheit gegenwärtig nicht mehr durch vereinzelte Erscheinungen, sondern eine Reihenfolge von Thatsachen erregt werde. In dem referirenden Ausschusse hatte sich die Meinung geltend gemacht, daß

die angeführten Thatsachen noch zu neu sind, um sie nebst den daraus entstehenden Folgen einer unpartheiischen Prüfung unterwerfen zu können und daß die Befürchtung einer beabsichtigten Untergrabung der Lehrfreiheit noch keinesweges im Volke so verbreitet sei, um eine desfallige Bitte an Se. Majestät zu rechtfertigen. Mit überwiegender Majorität wurde beschlossen, den beiden Anträgen keine weitere Folge zu geben.

In der 37ten Plenar-Sitzung kamen folgende Gegenstände zum Vortrage: Die Stände des Kreises Pr. Stargard, Stuhm, Fischhausen, Königsberg, Pr. Eylau, der Magistrat und die Stadtverordneten zu Elbe und Insterburg so wie ein Abgeordneter beantragen die „Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und deren Ersatz durch die Klassensteuer oder eine andere directe Abgabe.“ In der Erörterung, welche sich über den beregten Gegenstand entspann, wurden zunächst die materiellen Nachteile hervorgehoben, welche mit der Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer verbunden sind. Der Landtag beschließt mit 78 gegen 9 Stimmen: „Sr. Majestät dem Könige mittelst Denkschrift die mit der Mahl- und Schlachtsteuer verbundenen großen Uebelstände zur huldreichen Erwägung vorzutragen, mit der allerunterthänigsten Bitte, Allerhöchstderselbe wolle deren Umwandlung in eine directe Steuer (Klassensteuer) anzubefehlen geruhen.“ Ein Abgeordneter und mehrere Petitionen wünschen die Berufung von Stenographen zur Aufzeichnung der Landtagsverhandlungen. Da es von hoher Wichtigkeit ist, die vielseitige Beleuchtung, welche den wichtigeren und schwierigeren Angelegenheiten in den Versammlungen des Landtages zu Theil wird, möglichst treu und ausführlich wiederzugeben, und dadurch manche Materialien erhalten zu sehen, welche in gleicher Weise sich gar nicht wieder beschaffen lassen, das Secretariatsgeschäfte überdies Kräfte in Anspruch nehme, welche anderweit im Interesse des Landtages erfolgreicher verwendet werden können, überdies die Stenographen sich bei den Verhandlungen anderer preussischer Stände-Versammlungen hinreichend bewährt haben, so beschließt der Landtag einstimmig: daß des Königs Majestät mittelst Denkschrift gebeten werde, die Zuziehung von Stenographen bei den Verhandlungen des Landtages Allerhöchstdemselben zu gestatten.

Provinz Posen.

Posen, 3. April. (Pos. Z.) 19te Sitzung. Die Petition zweier städtischen Abgeordneten und die Petition eines ritterschaftlichen Abgeordneten, die Pressefreiheit betreffend, wurden in Berathung genommen. Der Ausschuss sprach sich für sie aus. Der Inhaber einer Wittstimme erklärte überzeugt zu sein von der Nothwendigkeit der Pressefreiheit unter der Bedingung, daß gegen ihre Mißbräuche Strafbestimmungen beständen, und zwar schon deshalb, weil bei den gegenwärtigen Fortschritten und bei der offenbar so erleichterten Verbindung mit den auswärtigen Ländern, in welchen die Pressefreiheit besteht, die Censur als erfolglos sich erweise, machte indeß zugleich darauf aufmerksam, daß die Regierung eines Staats, welcher zum deutschen Bunde gehört, auf alle in dieser Beziehung obwaltende Verhältnisse Rücksicht zu nehmen und mit den Regierungen der diesen Bund bildenden Länder zuerst sich verständigen müsse, bevor eine dem Bedürfnisse entsprechende Verordnung darüber erlassen werden könne. Dessenungeachtet stimmte er für eine sachgemäße Bitte an Se. Maj. Ein ritterschaftlicher Abgeordneter äußerte, daß eine gewisse Unruhe der Gemüther aus Anlaß dieser Angelegenheit sich nicht leugnen ließe. Gegen die Petition trat Niemand auf und so wurde sie einhellig genehmigt. — Die Petition von 16 Abgeordneten aus dem Stände der Städte und Landgemeinden, um Sr. Majestät den allseitigen Wunsch vorzutragen, daß die jetzigen ständischen Institutionen erweitert werden möchten, daß namentlich eine Vertretung der Gesamtheit des Volkes eingeführt werde, wurde verlesen, worauf der zweite Ausschuss sich einstimmig für dieselbe erklärte. Der Vorsitzende im Ausschusse legte den Entwurf zur Denkschrift an Se. Majestät vor und sagte gleichzeitig: Sechszehn aus unserer Versammlung bitten um die Sicherstellung der Rechte des Volks. Dies ist der Wunsch und das Streben der Bittsteller, sowie das unsrige. Der Marschall erachtet es für nöthig, daß folgende Fragen entschieden werden: 1) ob die Bitte an Se. Majestät im Sinne des Antrags der Petenten abzufassen sei? 2) ob die Versammlung den ihr vorgelesenen Entwurf zur Petition genehmige? Ein ritterschaftlicher Abgeordneter sprach sich dahin aus: „Die Erfahrung lehrt, daß die Stände in dem Maße, in welchem ihnen von den Monarchen Rechte zugestanden werden, immer wieder größere in Anspruch nehmen. Bei reichständischen Versammlungen werden alle Interessen aller Einwohner des Landes eben so wenig vertreten sein, als sie es in unserer gegenwärtigen Versammlung sind, ja noch weniger bei der Verschiedenheit der Verhältnisse der einzelnen Provinzen. Hätte ich, so spricht der genannte Abgeordnete, selbst die Ueberzeugung, daß eine ständische Verfassung uns glücklich machen würde, so würde ich es mir höchstens erlauben, der Erwägung meines Kö-

nigs und Herrn anheimzustellen, ob er nicht geruhen möchte, uns einige Concessionen zuzugestehen. Da ich aber eine solche Ueberzeugung nicht habe und befürchte, durch einen solchen Antrag an seiner, ihm von Gott verliehenen Krone zu rütteln, so trage ich darauf an, alle Anträge der Art lieber ganz zu unterdrücken und ruhig abzuwarten, was er in seiner Weisheit beschließen werde.“ Ein anderer ritterschaftlicher Abgeordneter entgegnete: „Niemand beabsichtigt hier, die Rechte der Krone anzutasten, oder die Ehrfurcht gegen den König zu verletzen. Es hat den Anschein, als halte uns der vorige Redner für Demagogen und wolle uns anschwärzen. Ich bitte den Marschall, ein solches Gebahren zurückzuweisen.“ Einige Deputirte und auch der Inhaber einer Wittstimme behaupteten, daß jener Abgeordnete, welcher zuerst gesprochen, lediglich seine Absicht kund gegeben habe, und daß, wolle man sie auch nicht theilen, man dieselbe doch ehren müsse. Jener Abgeordnete aber selbst erklärte, daß er nur Das gesagt, wozu ihn sein Gewissen gedrängt, indeß ohne die Absicht, irgend Jemanden zu beleidigen. Hierauf schreitet man zur Abstimmung über die erste Frage. 42 Stimmen gegen 3 erklärten sich bejahend. Die zweite Frage in Betreff der Fassung der Petition rief eine lebhafteste Debatte hervor. Der Entwurf ward zum zweiten Male vorgelesen. Schließlich gelangte man zur Abstimmung über die Frage: ob die Schrift in der Fassung, in welcher sie vorliegt, beibehalten werden solle oder nicht? Für die Beibehaltung erklärten sich 38 Stimmen, gegen dieselbe 8.

Juland.

Berlin, vom 4. April. — Sr. Majestät der König haben Allerhöchstdemselben geruht, die von der Akademie der Wissenschaften getroffene Wahl des Professors und Rathsherrn Peter Merian in Basel zum Ehrenmitgliede der Akademie zu bestätigen.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdemselben geruht, dem Rittmeister Baron v. Knobelsdorff, Adjutanten des Prinzen Friedrich von Preußen königl. Hoheit und aggregirt dem 8ten Husaren-Regiment, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Guelphen-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz hier angekommen.

Der General-Major und Commandeur der 3ten Infanterie-Brigade, v. Uttenhoven, ist nach Stettin abgegangen.

Dem Grafen Krockow v. Wickerode zu Schloß Krockow bei Neustadt in Westpreußen ist unterm 31sten März 1845 ein Patent „auf eine durch Setzung und Beschreibung erläuterte Vorrichtung zum Zersprengen von Steinen durch Erhitzung“ auf 8 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preuß. Staats ertheilt worden.

Berlin, 5. April. — Se. Majestät der König haben Allerhöchstdemselben geruht, dem Obersten von Windheim, Brigadier der 6ten Gendarmen-Brigade den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Zeug-Hauptmann Wolff in Reisse den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Rittmeister, Schulkassen- und Aichungs-Amts-Rendanten Günther in Naumburg und dem Grenadier von Uadowsky der dritten Garde-Invaliden-Compagnie, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und den bisherigen Gymnasial-Direktor Dr. Savelz zu Essen zum Regierungs- und Schul-Rath bei dem königl. Provinzial-Schul-Kollegium und der königl. Regierung zu Münster zu ernennen.

Ihre Majestät die Königin sind nach Dresden gereist.

*** Berlin, 4. April. — Dem Vernehmen nach soll aus der Reihe der jetzt hier zu Berathungen mit dem Handelsamte einberufenen angesehenen Industriellen, ein besonderer Ausschuss für die Angelegenheit der Fortsetzung der Prüfung des Weiterbaues unsers Eisenbahnetzes gewählt oder eingesetzt werden. Diese Angabe erhält ihre Bestätigung durch den Umstand, daß der Director einer großen westlichen Eisenbahn ebenfalls in die Hauptstadt berufen worden ist. Sehr interessant für den Fortgang der Sache im Allgemeinen, und für die weitere Ausdehnung und Anschlüsse in östlicher Ausdehnung insbesondere, ist die seit einigen Tagen sowohl auf der Börse, wie in vielen Privatkreisen verbreitete und besprochene Nachricht, daß eine Fortsetzung der mittelst Verträge bereits in Hinsicht auf die Postverbindungen und auf die Dampfschiffahrt der Ostsee bestehenden Vereinbarung zwischen unserer und der kaiserl. russischen Regierung, auch auf die Eisenbahnen auszudehnen, im Vorschlag ist. Unter diesen Umständen würde, so sagt man hinzu, die projectirte und jetzt in öffentlichen Blättern so viel besprochene Berlin-Königsberger Bahn einen Anschluß an die Eisenstraße erhalten, welche schon seit längerer Zeit beabsichtigt wird, von der Weichsel bei Warschau in nördlicher Richtung über Lomza, Gowno nach Libau oder Windau an der Ostsee zu bauen, und auf der anderen Seite erhielt das Unternehmen der Vereinigung unser Oberschlesischen Bahn mit der Warschau-Krakauerbahn, einen besonderen Vor-

schub. Dabei kommt man immer wieder auf die Hoffnung zurück, daß solche Vereinbarungen nicht ohne Rückwirkung auf eine Verbesserung, oder doch weniger empfindliche Trennung der Grenz- und Handelsverhältnisse auf dem langen Zuge, der beide große Nachbarstaaten trennt, bleiben wird. Uebrigens scheint es sich auch zu bestätigen, daß die Klagen über besondere Strenge von Seiten der russischen Grenzbehörden jetzt weniger als im vorigen Jahre hervortreten. Darauf deuten auch Briefe aus Warschau hin, in denen es heißt: von der in deutschen Blättern verkündigten Anlage neuer Festungswerke auf dem Grenzzuge gegen Preußen hört man hier durchaus nichts. Im Königreich Polen beschränken sich die Fortificationsanstalten und Arbeiten fast allein auf die vollständige Beendigung des alten Modlin und jehigen neuen Georgewitz, was aber den Handel und den Verkehr auf dem Grenzzuge anlangt, so hat man Ursache, an mildere Maßregeln in Folge neuer Vereinbarungen zu glauben. Das Verlangen darnach wird um so dringender, je mehr sich unglückliche Conjunctionen des Handels mit der Strenge des angenommenen Systems in diesem Augenblick vereinigen. Man sieht auch in dieser Beziehung mit Spannung und Ungeduld der uns bereits seit einigen Wochen bekannten Ankunst des Kaisers in unserer Hauptstadt entgegen. Mehrere Batterien, zu der Artillerie des polnischen Armeecorps gehörig, sind bereits dazu designirt, nach einer Inspicirung unter den Augen des Monarchen von hier nach Schitomir, und so dann weiter zur mobilen Armee abzugehen. Soweit lauten die neuesten Nachrichten aus Polen und von der russischen Grenze her. Hier in Berlin bemerkt man in diesem Augenblick, wo der Landtag, wie die politisch- und mercantilisch-politischen Conferenzen schon eine große Anzahl von Fremden versammelt, sehr viele diesseitige Generale und hohe Offiziere, die hier eingetroffen sind, um persönlich bei dem Monarchen für die in Folge des letzten großen Avancements ihnen gewordenen höheren Chargen und Commandos ihre Meldungen zu machen. Bei den hiesigen Truppen des Garde-Corps werden jetzt beim Eintritt der bessern Jahreszeit sehr thätig die Vorbereitungen zu den Frühjahrsübungen betrieben. Uebermorgen wird Se. Maj. der König die erste der großen Kirchenparaden abhalten, die gewöhnlich in diesem laufenden Monat beginnen, und bis in die Mitte des Monats Mai dauern. — Gestern und heute sind wieder von vielen Seiten und aus den verschiedensten Richtungen herzerreißende Nachrichten über Unglücksfälle, Beschädigungen und Bedrängnisse durch die angeschwollenen und ausgetretenen Ströme eingelaufen. Bis diesen Augenblick aber scheint noch keine außerordentliche Besorgnis für unsere Oberbruchgegend zwischen Frankfurt und Briegem und weiter abwärts vorhanden zu sein. In Beziehung auf die Anstalten zur Abwehr eines solchen Unglücks, die, wie bekannt, durch großartige neue Wasserbauten vorbereitet und bewerkstelligt werden sollen, haben die Bewohner dieser Gegenden mit Bedauern den Abgang des Landrathes vom Kreise Oberbarnim, Grafen von Zedlitz-Trühshler, welcher wie bekannt in diesen Tagen, oder doch vor Kurzem erst zum Ober-Regierungsrath und Abtheilungs-Diregenten nach Kiegnitz versetzt worden ist, begleitet. — Wenn im Ganzen die neuesten Erscheinungen der Tagespresse sich auf eine Anzahl von Broschüren, in Beziehung auf die Fragen des Tages, in politischer und confessioneller Hinsicht beschränken, so hat sich in letzter Zeit die Zahl der Zeitschriften wenig oder gar nicht vermehrt, und ganz besonders haben sich alle diejenigen Gerüchte als unbegründet erwiesen, welche das Erscheinen vieler neuer politischer Zeitungen verkündigten. Man vergift bei dieser Gelegenheit, wie schwer es den Unternehmern werden würde, sich einzubürgern in einer Zeit, wo man wieder mehr wie je nach den alten und ältern bewährten Zeitungen greift und sie denjenigen vorzieht, denen schnell vorübergehende Verhältnisse auch nur ein ephemeres Interesse verschaffen. Dieses Schicksal haben mehrere neue politische Zeitungen erlebt. Eine allgemeine deutsche Zeitung aber hat die Zahl der Allgemeinen kürzlich vermehrt, nämlich die allgemeine deutsche Pferdezeitung, herausgegeben von dem vormaligen kgl. preuß. Reitbahn-Diregenten und Stallmeister von Hochstetter. Es liegen uns die ersten Blätter derselben vor. Sie sind mit Sachkenntniß und Geschmack redigirt. Hr. von Hochstetter hat sich bereits durch andere hippologischen Schriften rühmlichst bekannt gemacht, und die Zeitung gewiß als ein reiches Magazin aller Angaben, die sich auf die Pferdezeitung, die Maställe und Reitbahnen, auf die Schul- und Militair-Reiterei, auf die Weiden und Zuchtanstalten beziehen, ein bedeutendes Publikum finden. Mit großem Interesse hat man in diesen ersten Nummern den Nekrolog des kürzlich verstorbenen Oberstallmeisters, Chef der Maställe und Landgestüte, Hrn. v. Knobelsdorff gelesen.

(Spen. Z.) Sicherem Vernehmen nach hat die hiesige deutsch-katholische Gemeinde der Stadtverordneten-Versammlung eine Petition wegen Unterstützung und Beihilfe eingereicht. Es läßt sich von dem guten Geiste und der hochherzigen Gesinnung der Vertreter unserer Residenz erwarten, daß sie einer so hochwichtigen Sache ihren Beistand nicht versagen werden. Wo be-

reits so viele Tausende dem neuen Glaubensbunde sich zugesellt haben, da kann man sie nicht der Willkür und Noth Preis geben; es muß für ihr leibliches und geistiges Wohl gesorgt werden.

(Beitr. der prakt. Pol.) Der Arbeitsmann H., ein wegen Diebstahls oft gestrafter Mensch, ward im April 1843 nach Verbüßung einer wegen gewaltsamen Diebstahls erlittenen dreijährigen Zuchthausstrafe hierher entlassen. Im Juni v. J. wurde er in einer gewaltsam erbrochenen Bodenlammer bei einem Wäschdiebstahle in flagranti ertappt und von Neuem zur Haft gebracht. Trotz des starken Beweises läugnete H. anfänglich dennoch. Die Strafe, die er diesmal zu erwarten hatte, war aber eine sehr bedeutende. Dies mußte denn H. wohl eingesehen haben, so daß es den Entschluß in ihm hervorrief, alle von ihm verübten Verbrechen dem Richter frei und offen einzugestehen. H. gestand nach und nach nicht weniger als dreihundert und neunundzwanzig Diebstähle, die er während seines ganzen Lebens verübt hatte. Er legte hierbei ein großes Gedächtniß an den Tag, denn nicht allein, daß er von jedem Diebstahle genau die Straße, wo derselbe begangen worden war, anzugeben wußte, bezeichnete er auch die Bestohlenen so genau, daß sie leicht ermittelt werden konnten, und wußte sogar — was gewiß sehr viel sagen will — noch das gestohlene Gut zu nennen. Aber noch nicht genug, H. nannte mit der größten Bestimmtheit seine jedesmaligen Complicen bei den einzelnen Diebstählen und den Verbleib des gestohlenen Gutes nach der That. Seine Geständnisse haben sich in jeder Beziehung als wahr herausgestellt, und die Verhaftung vieler Personen veranlaßt, bei denen auch noch manches Stück, von gestohlenem Gut herrührend, vorgefunden wurde. H. steht somit, hinsichtlich der Zahl der von ihm verübten Diebstähle sicherlich einzig in seiner Art da. Schwerlich werden die Annalen der Kriminaljustiz ein zweites Individuum aufzuführen haben, das wie H. so viele Verbrechen unentdeckt verübt hätte und erst 32 Jahre alt ist.

(Magd. Z.) Wie man hört, soll bei der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde in den nächsten Tagen auch eine Trauung stattfinden. Man ist gespannt, ob die Ausübung dieser Parochialhandlung gestattet werden wird. Stellen sich der Ausübung dieser Handlung keine Schwierigkeiten entgegen, so dürfte daraus hervorgehen, daß die Regierung gesonnen ist, der Bewegung freien Lauf zu lassen. Dem Vernehmen nach ist der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde auch bereits von einem Privatmanne ein Begräbnißplatz unter günstigen Bedingungen angeboten worden. Wie hier erzählt wird, ist einer der hiesigen römisch-katholischen Kaplanen bei der St. Hedwigskirche angegangen worden, die Pfarstelle bei der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde zu übernehmen. Derselbe soll aber den Antrag völlig abgewiesen haben. Es ist derselbe Kaplan, welcher bei der Beerdigung des berühmten Schauspielers Seydelmann eine so schöne Rede an dessen Grabe hielt, welche sich der Zustimmung aller Anwesenden ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zu erfreuen hatte.

(B. u. H.) Berichte aus Halle sprechen von einer großen Bewegung unter den Studenten der dortigen Universität. Es mag dabei wohl bemerkt werden dürfen, daß der dortige Regierungs-Bevollmächtigte, Geh. Regierungsrath Pernice, im höchsten Grade das Vertrauen unseres Cultusministers besitzt. Hier in Berlin hat man gehörigen Orts ein strenges Auge auf die akademischen Zustände in Halle gerichtet.

Die Bremer Zeitung läßt sich aus Berlin schreiben: Seit dem 29. März circuliren hier Gerüchte über ausgebrochene Unruhen in Breslau, die einen politischen Charakter an sich getragen und das Einschreiten des Militärs nöthig gemacht. Wir halten es als Berichtserstatter dieser Zeitung für unsere Pflicht, die obige Notiz zu geben, fügen aber das hier mit großer Bestimmtheit verbreitete, sehr bezeichnende Detail nicht hinzu, da auch in dem bevorstehenden Falle unsere bis heute eingelaufene schlesische Privat-Correspondenz nicht im Entferntesten jener Unruhen erwähnt. (Wir theilen diese Notiz mit, um auf die Grundlosigkeit derselben auswärtige Leser aufmerksam zu machen. Die Red.)

Stettin, 2. April. (Stett. Z.) Ein Ministerial-Rescript, welches der Magistrat den Stadtverordneten mitgetheilt hat, lautet dahin, daß die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft zur hiesigen kädtischen Einkommensteuer nicht herangezogen werden könne, wie die Stadt dies verlangt, den Grundsatz aufstellend, daß nur

einer physischen Person dies widerfahren könne, nicht aber einer moralischen Person. Der Magistrat beabsichtigt, den Weg Rechtsens in dieser Beziehung einzuschlagen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte.

Stettin, 4. April. — Da keine Mittel und Einrichtungen bis jetzt vorhanden sind, um das Eis unseres Hafens zu durchbrechen, so steht zu fürchten, daß auch in diesem Frühjahr, während unsere übrige Schifffahrt längst im Gange ist, die Verbindung unseres Plazes seewärts, wie gewöhnlich, noch um einige Zeit sich verzögern wird. Inzwischen ist wenigstens im Beladen von Schiffen bereits ziemliche Thätigkeit sichtbar. Es lagen deren vor einigen Tagen auf verschiedenen Stellen über 70 im Laden.

Danzig, 2. April. — Das hiesige Intelligenzblatt bringt folgende Anzeige zur öffentlichen Kenntniß: „Mit freudiger Zuversicht durch ein stilles Gebet zu Gott erfüllt — eröffneten wir die zweite Versammlung der hiesigen christlich-apostolisch-katholischen Gemeinde am Sonntag, den 30. März 1845, Nachmittags um 3 Uhr in der heil. Geistkirche — mit wahrhaft erschütternder Wehmuth mußten wir sie verleben, da weder ihr heiliger Zweck, noch der Gott geweihte Ort, an dem sie stattfand, sie vor den fanatisch rohen Ausbrüchen der Leidenschaft einer allem Anscheins nach gereizten Gegenpartei schützen konnten, aber mit Dank erfülltem ruhigem Herzen und festem Vertrauen für die Zukunft konnten wir sie schließen, denn der Arm weise gehandhabter weltlicher Gerechtigkeit schützte unsern Leib, und der gewiß in mancher guten Brust laut gewordene Ruf unseres Heilandes „Vater vergieb ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun“ verlieh uns den Schild des Geistes, der nicht wankt, wenn ihn veröhnende Liebe erfüllt, und der apostolische Glaube zu seiner mächtigen Kraft erhebt. — Es unterzeichneten von den Anwesenden 167 das Glaubensbekenntniß vom 23. März 1845, so daß die bestehende Gemeinde nun 210 Mitglieder zählt.“

Dirschau, 29. März. — Ungeachtet des Thauwetters liegt das Eis der Weichsel so fest, daß die schwersten Lasten überall mit Sicherheit passiren können. Das Eis hat eine Stärke von 25—36 Zoll und ist kerngesund. Seit vorgestern ist das Wasser endlich 2 Zoll gestiegen und steht 7'3".

Königsberg, 27. März. (D. A. Z.) Was das Interesse des Publikums hier besonders in Anspruch nimmt, ist die erste Anwendung des neuen Disciplinarverfahrens auf ein Mitglied unsers Oberlandescollegiums, welche in diesen Tagen mittelst Cabinetsordre stattgefunden hat. Ein eben so tüchtiger Jurist als für freisinnig bekannter Mann, Oberlandesgerichtsrath Pfeiffer, ist plötzlich nach Insterburg versetzt worden.

Königsberg, 2. April. (Königsb. Z.) Stadtverordnetenversammlung vom 28. März. Die Versammlung erhielt im Laufe der Sitzung durch den Magistrat eine Vorlage, welche vornehmlich das Interesse derselben in Anspruch nahm. Dieselbe bestand in dem Bericht der Landtagsdeputirten unserer Stadt über das Schicksal derjenigen Petitionen, welche durch die Deputirten im Namen der Stadt dem Landtage waren übergeben worden. Wenngleich nun aus demselben hervorging, daß einige wichtige Petitionen auf dem Landtage nicht solchen Anklang gefunden hatten, wie sie es nach der Ueberzeugung der Antragsteller verdienten, und das Wirken der Abgeordneten daher auch nicht ganz mit dem Erfolge gekrönt sein konnte, welchen die ersteren gehofft hatten, so fühlte man sich doch gedrungen, anzuerkennen, daß die Abgeordneten mit Ernst und Energie durchaus im Geiste der Versammlung zu wirken bemüht gewesen waren. Die letztere beschloß deswegen einstimmig, durch eine zu dem Ende erwählte Commission eine Dankadresse entwerfen und dieselbe den ehrenwerthen Deputirten Königsbergs als Beweis der Anerkennung ihres rühmlichen Strebens im Namen der Versammlung überreichen zu lassen.

Magdeburg, 3. April. (Magd. Stg.) Gestern Abend waren über 200 Männer im Saale der Stadt London zu einem Abschiedsmahle zu Ehren von Johannes Ronge, der vorgestern von Berlin hier eingetroffen war, versammelt. Ein großer Theil der Mitglieder der Stadtbehörden, mehrere evangelische Geistliche waren außer den zahlreich versammelten Gemeindegliedern der deutsch-katholischen Gemeinde und sonstigen Freunden des Gefeierten anwesend. Das Eine herzerhebende Gefühl durchdrang Aller Brust, es gelte eine Feier der Versöhnung lange getrennter christlicher Brüder, die Scheidewand einseitiger Verdammung sei gefallen, es sei fortan Friede. Zuerst nahm Herr Pfarrer Ronge das Wort: Ich komme aus der Hauptstadt; Sie werden zu wissen wünschen, ob ich Hoffnungen, ob ich Befürchtungen von dort bringe. Unser König, meine Herren, ist gewillt, die Glaubensfreiheit zu schützen, die alte wie die neue: darum aus voller Brust ein Hoch unserm Könige, der die Glaubensfreiheit schützt! Laut schallte das dreimalige Hoch dem Könige, unserm allver-

ehrten Monarchen. In kurzen Worten brachte darauf Herr Lehrer Kote dem gefeierten Gaste einen Gruß. Herr Pastor Ublig gedachte der Bergangenheit, die uns auf Concilien seit mehr als tausend Jahren die betrübende Erfahrung zeige, daß stets die Mehrheit ausgesprochen: wir verdammen die Lehre der Minderheit; unseren Tagen sei ein Concil vorbehalten gewesen, dessen Glieder Einheit gesucht und gefunden, die das, worin sie einig gewesen, freudig und in Liebe mit einem Amen besiegelt. Alle stimmten ein in diesen Toast, auf die Männer des Leipziger Concils. Herr Pfarrer Ronge nahm nochmals das Wort und gedachte der deutschen Bürgerschaften und ihrer Vertreter, die da treu Wache hielten, daß das Reich des auferstandenen Christus auf Erden wachse und gegen die Angriffe seiner Feinde gerüstet stehe. Ihm erwiderte Hr. St.-R. Grubitz, es habe jeder deutsche Mann das Streben der jungen Kirche sich begrüßt, eine Fremdherrschaft auf deutschem Boden zu vernichten, und Alle also seien einig in dem Wunsche und der Hoffnung eines von jeder fremden Herrschaft freien deutschen Vaterlandes. Herr Pastor Ublig richtete endlich noch die Bitte an die Versammlung, als Christen der Unglücklichen zu gedenken, die in den letzten Tagen in unserer Nähe durch Wassernoth das Dasein verloren. Es wurden 85 Hlzt. gesammelt.

Aachen, 28. März. (Voss. Z.) Dem Vernehmen nach wird im Laufe dieses Sommers die Aachener Heilthumsfahrt stattfinden, die im hiesigen Dome ruhenden Reliquien der Verehrung der gläubigen Menge ausgestellt werden. In dieser Sammlung befinden sich viele Stücke, welche durch ihre Heiligkeit sich auszeichnen, wo wieder andere jeden deutschen Alterthumsfreund ansprechen dürften wegen ihrer vaterländischen Bedeutung, als: die Krone, das Schwert und das Heerhorn des gewaltigen Kaisers Karl. Da Trier sich in seiner Rockfahrt eines so beispiellosen Erfolges erfreute, so rechnet die schöne Stadt Aachen, welche durch Eisenbahnen mit Preußen und Belgien mehrfach verbunden ist, um so mehr auf zahlreichen und frohen Zuspruch.

Vom Rhein, 27. März. (Eberf. Z.) Nachdem uns schon einigemal über die bald bevorstehende Constituirung einer christlich-katholischen Gemeinde in Köln in diesen und anderen Blättern Andeutungen gegeben worden sind, erfahren wir nunmehr durch mündliche Mittheilung, daß sich bereits an 180 der angesehensten dortigen katholischen Familienväter zum Beitritt an eine solche Gemeinde durch Unterschrift erklärt haben sollen, und demnach beabsichtigen, die Minoriten-Kirche (ein städtisches Eigenthum) als ihr künftiges Gotteshaus anzukaufen. Die Bildung einer neuen, von Rom unabhängigen, katholischen Gemeinde in der rheinischen Metropolis, dem Sitze eines Erzbischofs, ist für die kirchliche Bewegung der Gegenwart von großer Bedeutung, das Beispiel von Köln wird wie ein elektrischer Funken die Geister der Rheinländer durchzucken und zur Nachahmung erwecken. — In keinem Lande ist man für den Kölner Dom so wirksam als in Bayern. Alle königlichen Beamten sind durch Subscriptions-Listen, welche zur Allerhöchsten Einsicht gelangen, in Beiträgen zu wetteifern veranlaßt. Auch die protestantischen Geistlichen werden insofern zu diesen Beamten gerechnet. Das königliche Consistorium zu München hat am letzten Dreikönigstage, der bekanntlich zu dem Kölner Dom eine besondere Beziehung hat, eine Verfügung an sämmtliche protestantische Dekane erlassen, die Geistlichen aufzufordern und zu ermahnen, ihre Beiträge ungesäumt zu zeichnen, damit die Listen in dem bestimmten Termine Sr. Majestät vorgelegt werden könnten, als welche sich für dieses Denkmal deutscher Einheit auf's lebhafteste interessiren.

Deutschland.

*+ Leipzig, 3. April. — Die schon so oft und vielfach verlaubarten Klagen über den schwankenden Anfang unserer Ostermesse zeigen sich in diesem Jahre im ganzen Umfange ihrer tiefen Begründung und unglücklichen Folgen. Unsere Ostermesse beginnt vierzehn Tage nach Ostern, fängt aber thatächlich am dritten Ostertage an. Ostern waren wir noch tief eingeschneit und die Frachtwagen saßen allenthalben fest und konnten keine Waaren bringen. Jetzt ist die Verbindung nach den meisten Seiten hin durch Ueberschwemmungen unterbrochen. Von Magdeburg hierher kann man nur in 5—7 Stunden mit Unterbrechungen gelangen, indem die Reisenden beim Uebergange über die Saale aussteigen, über eine Nothbrücke steigen und an der andern Seite einen andern Wagenzug benutzen müssen. Laut Anschlag an der Post ist heute die Berliner und schlesische Correspondenz, eben so der Nürnberger Eilwagen ausgeblieben. Mit Frankfurt a. M. ist jeder Frachtweg abgeschnitten und selbst unsere Leipziger Dresdener Bahn war gestern unfahrbar. Und das sind grade die Tage, an welchen die Frachtwagen in fast ununterbrochenem Zuge zu unsern Thoren hereinkommen, wo alle Schnellposten einen Schweiß von 6—15 Reitwagen nachziehen, wo die Dampfswagenzüge unübersehbar sind! Allerding's giebt es selten solche Ueberschwemmungen und eben so selten fällt Ostern so früh. (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

Aber auch nur Einmal ist schlimm. Unsere ganze sächs. Industrie beruht wesentlich auf den Messen, schlägt eine Hauptmesse fehl, so stockt dieselbe und viel Noth und Kummer ist die Folge. Die Herbstmesse beginnt am Sonntage nach Michaeli (29. September), warum knüpft man die Frühjahrsmesse nicht ebenfalls an einen bestimmten Tag? Warum an die schwankende, oft zwei bis drei Wochen auseinanderliegende Osterzeit? Es wäre dies im Frühjahr um so notwendiger, als der Herbst die bessere, in der Witterung beständigere Jahreszeit ist. Möchte unsere Regierung endlich den vielen Beschwerden Abhilfe schaffen. — Ein anderer Uebelstand unserer Messen ist der Anfang; dieser ist, wie gesagt, vierzehn Tage nach Ostern und bis dahin ist alles Verkaufen bei 50 Thaler Strafe verboten. Für den kleinen Verkäufer, der seine Waaren in einer Bude ausstellt, ist dieses Verbot bindend, denn er kann und darf nicht öffentlich dem Gesetze trotzen; für den großen Kaufmann besteht es nicht. Er mietet sich ein Gewölbe oder eine Etage, und da das Auspacken nachgelassen ist, stellt er in der Osterwoche seine Waaren auf und „macht seine Messe“ ehe sein ärmerer Concurrent daran denken kann. Zudem wird die sächsische Industrie insbesondere und die deutsche im Allgemeinen, wesentlich durch diese strafwürdige Nachsicht beeinträchtigt; denn der Kaufmann, welcher die Messen zu Frankfurt a. M. besuchen muß, kann erst zur gesetzlichen Anfangszeit erscheinen; dann findet er den Markt mit englischen Waaren überschwemmt und einen großen Theil der Käufer befriedigt. So wird also der Reiche vor dem Armen, der Fremde vor dem Staatsangehörigen bevorzugt, nicht durch ein ungerechtes Gesetz, sondern weil man ein vorhandenes zweckmäßiges Gesetz nicht beachtet, ihm keine Geltung verschafft. — Ueber die Messe selbst läßt sich noch nichts sagen, da Waaren und Menschen noch allzusehr mangeln. — Gestern ist eine Quasi-Anerkennung der deutsch-kathol. Gemeinden hier erfolgt. Das Ministerium hat nämlich die protestantischen Geistlichen angewiesen, die kirchlichen Bedürfnisse der „deutsch-katholischen Gemeinde zu Leipzig“ auf Verlangen zu befriedigen. Die Quasi-Anerkennung sehe ich darin, daß man im Gegensatz zum Verfahren gegen die Dresdener Gemeinde (welche man nur als einen „Verein von Katholiken“ gelten lassen wollte), ausdrücklich von einer „deutsch-katholischen Gemeinde“ spricht. Veranlassung zu dieser Veränderung war eine Anfrage wegen der Taufe des ersten Kindes in der Gemeinde.

* Leipzig, 3. April. — Wie doch wenige Stunden die Verhältnisse ändern: Gestern schrieb ich Ihnen von der Quasi-Anerkennung der deutsch-katholischen Gemeinde, heute Morgen überrascht uns das Tageblatt mit folgender Anzeige: „Nachricht. Umstände haben die löbliche Universitäts-Behörde **gezwungen**, uns die Aula wieder zu entziehen. Es kann demnach keine Versammlung stattfinden.“ Wie man hört, ist gestern Abend um 10 Uhr dem Vorstande die Ministerialverordnung mitgeteilt worden, welche die Entziehung befahl, und diese hat den Druck des Lokalblattes bis Mitternacht aufgehoben, um diese Anzeige zu bringen. Den Eindruck derselben kann ich nicht beschreiben, er ist ungeheuer und um so größer ist die Erbitterung, als man einsieht, daß nur Intrigue und Denunciation den Schritt hervorgerufen haben kann, da unser Lokalblatt, welches die öffentliche Ankündigung der Versammlung in der Aula enthielt, erst gegen Abend nach Dresden kam und also in Folge dieses die Verordnung nicht kommen konnte. An der gestörten Freude der Gemeinde, an der Missstimmung Tausender ausrichtiger Anteilnehmer, an der vereitelten Wirkung des erhebenden Gottesdienstes ist leider! Johannes Ronge nicht ohne Schuld; er hatte dem Vorstande seine bestimmte Zusage für Mittwoch gegeben, änderte aber eines Besuchs in Magdeburg wegen — den er täglich in 3 Stunden machen konnte — diese Zusage ab, machte dadurch das Aufschieben nöthig und bereitete so denjenigen Segnern einen Triumph, die nur aus dunkeln Hintergründe mit Waffen der List und Intrigue zu kämpfen wagen.

* Leipzig, 4. April. — Gestern Nachmittag 4 Uhr ist Johannes Ronge wieder hier eingetroffen. Eine große Menschenmasse sich am Bahnhofe versammelt und empfing ihn mit dem lautesten Jubel, welcher sich wiederholte, als er am Eingange der Stadt Rom einige herzliche Worte des Dankes sprach. Auch als er später mit einigen Vorstands-Mitgliedern eine Spazierfahrt durch und um die Stadt machte, drängten überall sich Menschenmassen theilnehmend um seinen Wagen. Der Gottesdienst findet nun morgen 11 Uhr im gewöhnlichen Versammlungsorte, dem Rathungssaale der Stadtverordneten statt. Die plötzliche Verweigerung der Aula hat die kräftigste Bewegung hervorgerufen; eine Eingabe an den Stadtrath, um Bewilligung einer Kirche, läuft in zahlreichen Abschriften durch die Stadt und wird mit Hunderten

von Unterschriften bedeckt; eine andere gleichen Inhalts circultirt bei den Stadtverordneten; die Professoren sollen entschlossen sein, einen energischen Protest gegen die Verordnung einzulegen u. s. w. — Ronge hält am Sonntage in Dresden Gottesdienst, geht dann nach Annaberg und Chemnitz und kehrt nächste Woche hierher zurück; sollte bis dahin eine Kirche bewilligt sein, so wird er noch einen öffentlichen Gottesdienst hier halten. — Das seit 3 Tagen eingetretene warme und herrliche Frühlingswetter hat uns einen Theil der Wassersnoth entfernt und unserer verödeten Messe Leben gegeben.

Leipzig, 2. April. (D. A. Z.) Die von hier aus im Januar begonnenen öffentlichen Sammlungen für die christlich-apostolische Gemeinde in Schneidemühl sind nun geschlossen und haben das erfreuliche Ergebnis einer Summe von 846 Rtl. 8 Ngr. 5 Pf. zur Folge gehabt, die theils im Februar an die Vorsteher der Gemeinde gesendet, theils vor einigen Tagen denselben bei ihrer Anwesenheit hier eingehändigt worden ist.

Leipzig, 2. April. — Mit Bezug auf die an die deutschen Schriftsteller erlassene Einladung sei hier noch das Nähere mitgeteilt, daß der 27. April zum Tage der Zusammenkunft in Leipzig bestimmt ist.

Leipzig, 3. April. — Unsere heutige Zeitung enthält einen Ausruf der Kreis-Direction von Dresden zur Unterstützung für die durch die gräßliche Ueberschwemmung im genannten Kreise Verunglückten.

Worms, 28. März. (F. Z.) Die heutige Zeitung erschien gestern, was kaum je vorgekommen sein mag, mit einer völlig unbedruckten Seite, wie man es wohl an Zeitungen zu sehen gewöhnt ist, die viel von Censur zu leiden haben. Man will die Ursache davon auch hier in Censurschwierigkeiten suchen, indem die hierher ergangene Einladung zu dem deutsch-katholischen Concil auf Ostermontag, welche zum Abdruck bestimmt gewesen, der kreisrätlichen Censur erlegen sei. Den katholischen Geistlichen sollen andere, mildere Instructionen in Bezug auf Einsegnung gemischter Ehen zugegangen sein. Ob dies wahr ist, muß die Erfahrung wohl baldigst erweisen. Mehr als ein solches abgezwungenes und gewiß nur zeitweiliges Nachgeben dürfte schwerlich zu erwarten sein.

Karlsruhe, 28. März. (A. Z.) Die Berufung des Staatsraths Nebenius zum Wiedereintritt in seinen früheren Posten (als Präsident des Ministeriums des Innern) ist hier mit freudigem Anklang aufgenommen worden. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß es nunmehr gelingen werde, der Regierung wieder eine Majorität in der Kammer der Abgeordneten zu beschaffen; ein Verhältnis, das nicht wohl auf lange hinaus das umgekehrte sein kann, ohne den moralischen Grundlagen des Staatswesens Eintrag zu thun.

Stuttgart. (K. Bl.) Wie wir hören, soll nächstens — veranlaßt durch die Motion des Abg. Schmid über Kirchen-Repräsentation — ein außerordentlicher Zusammentritt der Synode stattfinden.

Stuttgart, 30. März. (D. A. Z.) Es ist nun entschieden, daß der Kronprinz am 6. April seine Reise nach Wien antreten wird. Ende Juni gedenkt der Kronprinz nach längerem Aufenthalt in Berlin wieder hieher zurückzukehren. In wohl unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß mit dieser Reise ganz besondere Zwecke und Hoffnungen verknüpft seien.

Darmstadt, 28. März. (Hess. Z.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer unserer Stände veranlaßte der Antrag des Abg. Stoll auf Abschaffung der öffentlichen Spielbanken in Deutschland, insbesondere ein Verbot des Spiels hessischer Unterthanen an der Bank zu Homburg, eine längere interessante Discussion. Abg. Glaubrecht stellte den mehrseitig unterstützten Antrag: „Das von dem Ausschusse beantragte Ersuchen auf Unterdrückung aller öffentlichen Spielbanken (welches allgemeinen Anklang fand) auch auf die Unterdrückung aller Lotterien in den deutschen Bundesstaaten auszudehnen.“

Nürnberg, 25. März. (Brem. Z.) Briefe aus München vom neuesten Datum haben uns, wenn sich ihr Inhalt seinem ganzen Umfange nach bestätigt, ein höchst erfreuliches Oster-Angebilde gebracht, ja ein wahres Evangelium für das ganze protestantische Bayern. In einer Reihe von Staatsraths-Sitzungen, die zum Theil unter des Königs Vorsth und dann auch in Anwesenheit der dem Throne nahestehenden Mitglieder des Staatsrathes stattgefunden, sollen die sämmtlichen Beschwerden der Protestanten in ernste Berathung gezogen worden sein, und vor allen übrigen auch wiederholt die Kniebeugungsfrage. Sind nun die Stimmen,

welche sich in den fraglichen Briefen ausgesprochen, nicht gar zu voreilig und entbehrt ihr Wort der Begründung nicht allzusehr, — was sich aber nicht leicht fürchten läßt — dann wäre durch die entschiedensten Willensäußerungen König Ludwigs die ganze Beschwerden-Angelegenheit der Protestanten Bayerns in eine neue Phase vorgerückt und man dürfte einer günstigen Entscheidung zuverlässig noch vor dem nahenden Landtag entgegen sehen.

Frankfurt a. M., 29. März. (F. Z.) Wie erhalten so eben die erfreuliche Botschaft, daß Preußen wiederum einen Schritt vorwärts gethan hat. Von der Oberbehörde ist den Bürgermeistern der Rheinprovinz kürzlich mit Hinweisung auf § 60 und die Schlussbestimmung der neuen Gewerbeordnung die Erklärung zugegangen, daß die Ausfertigung der aus dem bekannten kaiserlichen Dekrete in der Rheinprovinz übriggebliebenen sog. Moralitäts-Patente für Geschäft treibende Israeliten von nun an überflüssig und die Nothwendigkeit derselben gesehlich aufgehoben sei.

O e s t e r r e i c h .

+ Wien, 31. März. — Das nach Grätz bestimmte auf der Nordbahn von Olmütz vor einigen Tagen hier angelangte Infanterie-Regiment Erzherzog Friedrich hat auf solche Weise diese 28 Meilen betragende Entfernung, wozu sonst ein Militär-Transport (die Ruhetage mit eingerechnet) 14 bis 16 Tage brauchte, trotz einiger durch Elementar-Ereignisse eingetretener Störungen an Einem Tage zurückgelegt. Seitdem ist auf der Nordbahn wenigstens im Verkehr zwischen hier und Brünn eine gänzliche Stockung eingetreten, indem durch das Ueberschutten der Flüsse Thaya und Schwarza die Brücken bei Branowitz und Lundenburg der Art beschädigt wurden, daß sie nicht passirt werden können. Mehrere Landstrecken sind überschwemmt. Auch aus Oberösterreich und ebenso aus dem nördlichen Ungarn wird über Verheerungen durch überströmende Gebirgswässer in Folge des letzten Thauwindes geklagt, und es ist dies Ursache vielfacher Störungen im Verkehr. Die Reichspost sowie die Posten aus Frankreich sind doppelt im Rückstand. Man fürchtet auch hier ein Austreten der Donau, deren Bett eben voll ist. — In der heute Vormittag abgehaltenen alljährlichen General-Versammlung der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn wurden die Rechnungs-Abschlüsse vorgelegt, welche sowohl hinsichtlich der Frequenz als des Erträgnisses der Bahn ein höchst erfreuliches Resultat liefern, so zwar, daß außer den an die Actionäre bereits bezahlten 4procentigen Zinsen noch eine Superdividende von 1 pr. Ct. auszuthemen, überdies etwas über 10000 Fl. in den Reservefond zu hinterlegen beschlossen werden konnte. Sofort wurde der mit der Staatsverwaltung über die Pachtung des Betriebs der Staats-Bahnen abgeschlossene Vertrag seinem wesentlichsten Inhalte nach mitgeteilt und dabei angezeigt, daß die General-Direction vorläufig die zweite Hälfte des Monats August als den Zeitpunkt der Eröffnung der Bahn von Olmütz nach Prag bezeichnet habe. Hierauf wurde über den Winterbau der Bahn bis Oberberg Bericht erstattet und damit die Hoffnung ausgedrückt, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1846 gleichzeitig mit der schlesischen Kofel-Oberberger dieser Bahnteil werde vollendet werden. Hiernach wurde der mit der ungarischen Centralbahn rücksichtlich des Anschlusses dieser Bahn bei Marchel an die Nordbahn abgeschlossene Vertrag vorgelegt, und obgleich derselbe der Nordbahn ziemliche Opfer auferlegt, mit einer an Stimmen-Einheit gränzenden Mehrheit genehmigt. Herr v. Rothschild erbot sich die auf 800000 Fl. veranschlagten Kosten dieses Flug-Baues bis Marcheln vorzuschießen, bis die nächste General-Versammlung über die Art der Aufbringung derselben einen definitiven Beschluß gefaßt haben werde, was angenommen wurde.

+ Wien, 1. April. — Gestern sollte die Dampfschiffahrt auf der Donau beginnen; allein die von Pesth erwarteten Schiffe mußten des hohen Wasserstandes wegen in Preßburg liegen bleiben. Auf der obern Strecke bis Linz kann die Verbindung mit Dampfschiffen erst dann anfangen, wenn ein niedriger Wasserstand die Passage der hiezu bestimmten Schiffe durch die Ladorbrücke gestattet. — Gestern Vormittag war das auf dem Durchmarsch begriffene Regiment Erzherzog Friedrich auf dem Glacis in Parade ausgerückt, wo es von dem commandirenden General Erzherzog Albrecht befehligt wurde. Heute hat dasselbe auf der Gloggnitzer Bahn seinen Zug nach Grätz fortgesetzt. — In meinem Schreiben vom 25. d. ist unter den hier verweilenden Russen statt des Herrn v. Kalcinsky irrtig ein Fürst Dolgoruki genannt. Herr v. Kalcinsky befindet sich in Urlaub hier und gedenkt sich von hier nach St. Petersburg zu begeben. — Gestern war im

K. K. Käthnertheater die letzte Vorstellung deutscher Oper in dieser Saison, wozu Meyerbeers Welfen und Sibyllinen gewählt war, und ein äußerst zahlreiches Auditorium sich eingefunden hatte. Unser unvergleichlicher Staudigel und Mad. Hasselt-Barth wurden bei diesem Anlasse mit Beifallszeichen überschüttet. Heute beginnt die italienische Oper, welche gewöhnlich für 3 Monate engagirt ist, ihre Vorstellungen. Im Josephstädter Theater eröffnet heute der berühmte Taschenspieler Bosco einen Cyclus von Darstellungen.

Wien, 2. April. — Morgen gedenkt der königl. französische Botschafter, Graf Flahaut, Wien zu verlassen, um nach Paris zurückzukehren. Obwohl der Graf seinen hiesigen Posten nur in Urlaub verläßt, so heißt es doch, daß er selben nicht ferner bekleiden werde, da ihm in der königl. Familie eine Würde, wie man beifügt, die eines Gouverneurs des Grafen v. Paris zugeacht sein soll. — Man sieht einer wichtigen Neuerung in der Criminal-Gerichtspflege Oesterreichs binnen Kurzem entgegen, indem solche bisher von den verschiedenen Dominien ausgeübt, durchaus vom Staate übernommen werden soll. — Eine andere Reform, die als im Werden begriffen besprochen wird, ist eine Aenderung in dem Pensions-System des Kaiserstaates, welches dormalen eine ungeheure Staatslast bildet, und darum Modifikationen erfahren soll. Namentlich heißt es, daß die Wittwen-Pensionen aufgehoben und Beamten nur gegen Cautions-Stellung wie beim Militaire Heirathsbewilligung ertheilt werden soll. — Der Wasserstand der Donau ist noch immer so hoch, daß man ein Austreten befürchtet.

Russisches Reich.

Warschau, 19. März. (Rh. B.) Der Kaiser wird unsere Stadt mit einem 8-10tägigen Aufenthalt besuchen. Derselbe hängt mit großen Inspectionkreisen Sr. Majestät während des Frühjahrs zusammen. Von hier wird sich der Kaiser über Lublin nach Wladimir und wahrscheinlich auch nach Kiew und weiter in die südlichen Provinzen seines Reichs begeben. Daraus schließen zu wollen, daß die Reise des Kaisers nach Deutschland aufgegeben ist, würde vorzeitig sein; vielmehr steht zu erwarten, daß beide Richtungen mit einander verbunden werden und daß der Kaiser im Sommer die Kur in Kissingen gebrauchen wird, nachdem er im Frühjahr im Süden des Reichs den Geschäften des Heeres und der Administration die nöthige Richtung gegeben hat.

Von der russischen Grenze, Mitte März. (H. C.) Sicherem Vernehmen nach hat der Großfürst Constantin den Wunsch geäußert, an dem diesjährigen kaukasischen Feldzuge Theil zu nehmen, jedoch ist ihm dieser Wunsch abgeschlagen. Derselbe wird nun bei Beginn der guten Jahreszeit eine Reise längs den Küsten des schwarzen Meeres machen, und sogar, wie behauptet wird, Konstantinopel besuchen. Wenn schon die Höflichkeit-Bisiten des Königs der Franzosen und der Königin Victoria reichen Stoff zu Hypothesen und Conjecturen boten, so möchte dieser Besuch ein noch weiteres Feld dazu eröffnen.

Franreich.

Paris, 29. März. — Graf Rossi war den 22ten März noch in Turin, von wo er den 24. — 25. nach Rom reisen sollte. Ueber die von legitimistischen Blättern ausgesprochenen Gerüchte, daß der heilige Vater Hr. Rossi nicht empfangen wolle, erfährt man, daß im Gegentheil die Sendung dieses Gelehrten, welche mit den kirchlichen Wirren in Frankreich und der Schweiz in Beziehung steht, vom Römischen Hof beifällig angesehen wird.

Der Consul-Missionär Pritchard ist mit seiner Familie an Bord des Steamers „Aron“ am 13. Febr. auf Guadeloupe angekommen; er begiebt sich von da nach der Landenge von Panama und von dort nach seinem Posten in Polynesen.

Der Ami de la Religion, der schon eine Liste von etlichen und vierzig Erzbischöfen und Bischöfen gegeben hatte, die dem Cardinal Bonald beigetreten sind, giebt jetzt ein Supplement dazu, das folgende Namen enthält: Erzbischof von Aignon, Erzbischof von Auch, Erzbischof von Tours; dann die Bischöfe von Nevers, Perpignan, la Rochelle, Digne, Du Puy, Angers, Rismes, Limoges und St. Brienc. Also gerade ein Duzend!

Am vorigen Sonntag brach in Angers während des Gottesdienstes in der Kathedrale die Brüstung eines Chors ab. Alle Personen, welche sich dagegen gelehnt, stürzten hinab; zum Glück war das Chor nicht sehr hoch, so daß nur 5 Personen bedenklich verwundet wurden.

Paris, 29. März. (L. B.) Der anarchische Zustand, in dem sich das Ministerium befindet, wird durch Nichtschäfer bezeichnet, als durch die persönlichen Abstimmungen der Minister in der vorgestrigen in der Kammer zur Abstimmung gekommenen Frage über den Zoll der Pflaumen. Herr Guin-Gruidaine votirte gegen Herrn Martin (du Nord) für das Amendement, die H. Guizot, Salvandy und Duchatel enthielten sich der Abstimmung. Es herrscht also selbst über bios commercielle Fragen keine Uebereinstimmung im Cabinet. Auch in der Frage über die Bewaffnung der Befestigungen sollen die Minister so getheilte Ansicht gewesen sein, daß nur Eine Stimme den Ausschlag für gab. Die Aufregung

über diese unerwartete Maßregel steigt immer mehr, die Petitionen dagegen bedecken sich mit Unterschriften, und vorzüglich die Nationalgarde ist es, die entschieden dagegen auftritt. Die ganze Presse erhebt sich mit Heftigkeit gegen diesen Gewaltschritt, und nur die ministeriellen Blätter und die Journale des Hrn. Thiers, Siécle und Constitutionnel, beobachten ein tiefes Schweigen. Das Gesez kommt übrigens vor der jetzigen Kammer sicher nicht zur Diskussion; diese, ihrer Auflösung nahe, würde es, um ihre Popularität bei den Wählern zu erhalten, verwerfen. Allein wenn erst das Coalitions-Ministerium Guizot-Thiers-Brogie-Bugeaud gebildet und eine neue Kammer gewählt und auf fünf Jahre in ihrer Existenz gesichert ist, dann wird es vorgelegt und gewiß auch angenommen werden. — Die Journale des Hrn. Thiers erklären nun in ziemlich kraft- und saftlosen Artikeln, dem Ministerium Guizot könne man die Bewaffnung der Forts nicht zugestehen; bei einem Ministerium Thiers könne diese Maßregel aber ohne Anstand durchgehen. Um sich einen Begriff von der Bewaffnung der Forts zu machen, genügt zu wissen, daß die fortlaufende Ringmauer 94 Fronten und die Forts 93 Fronten haben, was ein Totale von 187 Fronten macht; jede Fronte hat zwei halbe Courtinen und eine Bastion und bedarf 20 Kanonen; also für alle Fronten die Kleinigkeit von 3740 Kanonen; jede Kanone muß gegen 600 Schüsse erhalten, was 2,244,000 Kugeln und 50 Mill. Pfd. Pulver ausmacht. Alles das zur Sicherheit von Paris gegen — das Ausland.

In der Darlegung der Motive zu dem Gesezvor-schlag, die Anschaffung des Artilleriematerials für die Fortificationen von Paris betreffend, nimmt Soult an, der Feind, wenn er die Festungswerke der Hauptstadt angreifen wolle, müsse wenigstens 300 Feuerschlünde haben; es handele sich nun darum, ihm (im Voraus) eine größere Zahl entgegenzustellen. Es sollen auch zwanzig Feldbatterien, zur Vertheidigung der Forts und vornehmlich zu Ausfällen dienlich, angeschafft werden.

Von der Rhone, 25. März. (D. A. Z.) Kon-ge's Sendschreiben sind in Lyon übersezt erschienen und in der ersten Auflage bereits verkauft. Die zweite Auflage wird eine Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse, die deutsch-katholischen Gemeinden betreffend, als Beilage liefern. Es ist möglich, daß die Bewegung bald auch in Frankreich beginnt. Der Kriegsminister, der schon unter der Restauration die Kerze getragen, hat bekanntlich den Offizieren verboten, in den Freimaurerorden zu treten. Darüber entrüstet, greifen die Freimaurer nicht den Minister, sondern die ihn treibenden Jesuiten an, die uns, sind sie wirklich schweizflüchtig, hier überschwemmen werden.

Spanien.

Madrid, 22 März. — Alle durch die Deutschen Blätter verbreiteten Gerüchte bezüglich der Vermählung der Königin von Spanien mit dem Grafen Trapani betrachtet man hier als grundlos. — Die öffentliche Sicherheit ist im Süden sehr gefährdet. In Malaga sind binnen zwei Monaten mehr als 425 Personen wegen der verschiedensten Verbrechen eingezogen worden.

Großbritannien.

London, 20 März. (B. H.) Die Königin hat heute Morgen Windsor verlassen, um sich nach der Insel Wight zu begeben. Auf der Eisenbahn in anderthalb Stunden nach Gosport befördert, schiffte sie sich auf der königl. Yacht unmittelbar darauf nach Cowes ein. Prinz Albert und die Kronprinzessin begleiteten sie. — In Portsmouth sind vorgestern wieder elf Indianer von den nordamerikanischen Stämmen der Tschippewähns und Dihewans angekommen, um England zu sehen und sich besehen zu lassen. Es sollen große und schöne Leute sein. Ihre Wohnsitze liegen 1500 Miles von Newyork entfernt. Ihre Namen sind, wie gewöhnlich, poetischer Art: der Donnervogel, der Löwenkönig, der Hagelmacher, der Vogel, der den wogenden Sturm beherrscht u. s. w. — Der König von Hannover soll durch eigenhändige Briefe der Herzogin von Gloucester, dem Herzoge von Cambridge und andern seiner Freunde in England, den Zustand der Schwangerschaft der Kronprinzessin von Hannover angezeigt haben.

London, 29. März. — Lord Howick und die übrigen Mitglieder des Unterhau Comite's, die einen Bericht über das System der atmosphärischen Eisenbahnen abzustatten haben, haben den 29. Kingston besucht und die ganze Linie bis nach Dalkey besichtigt. Sie fuhrten mit einer Schnelligkeit von 50 Englischen Meilen die Stunde. Das Comite äußerte sich sehr befehlend mit den Resultaten seiner Beobachtungen.

Vergangenen Montag war Liverpool Zeuge eines, von den untersten Ständen ausgehenden Aufzuges, welcher sogar zu Widersetzlichkeiten und Thätlichkeiten gegen die Obrigkeit führte. Er entstand durch einen im Lancashire und auch in dem übrigen England seit undenklichen Zeiten am Ostermontag herrschenden Brauch, dessen Gegenstand die Frauen sind. Viele Frauen, welche sich diesem Brauche nicht unterziehen wollten, wurden insultirt, und so bildete sich die Bewegung, bei welcher man die durch die Polizei Verhafteten zu befreien suchte. Die Schuldigen wurden zu Geld-, oder im Falle des Unvermögens zu Gefängnisstrafen verurtheilt, deren höchste 2 Monat nicht übersteigt. Da das Geld nicht aufge-

bracht werden kann, so büßen die Schulbigen im Gefängnis.

Schweiz.

Zürich, 28. März. — Die Eidg. Ztg. enthält die Antwort des Herrn Bundespräsidenten auf die französische Note.

Aargau, 28. März. — Nach den neuesten Berichten kann der Freischaarenunfug noch nicht als ganz beendet angesehen werden. Zwar ist den Freischaaren die Auf-forderung, sich aufzulösen, allerdings amtlich mitgetheilt worden, allein von den Führern derselben mit heftigem Unwillen aufgenommen worden, während zu gleicher Zeit aus dem Kanton Bern immer neue Zuzüge anlangen und gestern sogar 50 Waadtländer eingetroffen sein sollen. Es wird sich nun zeigen, ob die Regierung wirklich die Auflösung ausführen will und ausführen kann, oder ob sich die Freischaaren gegen dieselbe wenden werden.

Waadt. Während der Osterzeit sind mehrere nächste Versammlungen der Pietisten von der aufgeregten Bevölkerung gewalthätig verhindert oder aufgelöst worden.

Basel, 28. März. — Berichte aus Aarau melden, die dortige Regierung habe auf ernste Berichte von Zürich und Bern hin und nach langen heftigen Debatten den Befehl ertheilt, daß die Freischaaren-Comite's sich auflösen, so wie auch ihren Beamten unterfagt, daran Theil zu nehmen, und den Milizpflichtigen, anders als auf ausdrücklichen Befehl der Regierung sich zu versammeln.

Basel, 29. März. Der Vorort giebt unterm 28. März sämmtlichen Ständen Kenntniß von den Schritten, welche er auf die Beschwerde Luzerns hin gegen Aargau zur Verhinderung eines Freischaaren-Einfalls gethan hat. Die Erwiderung des Standes Aargau ist zum Theil schon durch den Schweizerboten bekannt; der K. Rath versichert, er habe den besten Willen zur Erhaltung der Ordnung, aber die Aufregung sei namentlich durch das Luzernerische Verfolgungssystem und die in Folge desselben schaarenweise eintreffenden Flüchtlinge ungeheuer; er spricht dabei von Wiedereinberufung der Tagsgung, und von der Nothwendigkeit einer Amnestie in Luzern. Das zahlreichere Eintreffen der kampflustigen aufgebotenen Milizen in Luzern bestätigt sich; inzwischen ist dort die Erbitterung über die unaufhörlichen Belästigungen aufs Aeußerste gestiegen, und man scheint entschlossen, um jeden Preis der Sache ein Ende zu machen.

Basel, 29. März. — In Folge des über die Freischaaren ergangenen Tagsgungsbeschlusses und der gestern in Basellandschaft erschienenen Aufrufe zur Theilnahme an solchen, hat der K. Rath so eben eine Kundmachung beschlossen, in welcher vor Theilnahme an solchen gewarnt und unsehlbare Bestrafung angedroht wird.

Folgende Proklamation ist gestern in Liestal ausgegeben worden: Mitbürger von Baselland! Die Stunde der Entscheidung schlägt endlich! Wer ein Herz im Busen trägt, die Qualen unterdrückter Mitgedenossen zu fühlen, wer eine Faust führt, die den Verräther zu treffen weiß, der eile jetzt herbei zur Rettung gesammelter Eidgenossenschaft! Zur Rettung — denn unter Jesuitenherrschaft, wie sie uns droht, ist alles verloren, Freiheit und Unabhängigkeit, Ehre und Vermögen! — In hellen Haufen versammelt euch daher morgen früh Schlag 9 Uhr hier in Liestal. Von dort dann geraden Weges auf Luzern, wo uns gefangene Mitbrüder sehn-suchtsvoll die Arme entgegenstrecken! — Wie so eben die Nachricht einläuft, haben schwache Weiker dort versucht, die Gefängnisse mit Sturm zu nehmen. Wollt ihr, Männer von Baselland, euch von diesen überbieten lassen? Was diesen nicht gelang, euch wird es gelingen. — Unser wackerer Major Buser führt uns! Jeder Unvermögende erhält 2 Franken Handgeld und täglich 8 Bagen. Die Verwundeten werden versorgt und für sie und die Ihrigen gesorgt werden! — Die Aufregung in Luzern, im Aargau, in Solothurn, in Bern, selbst in Zürich ist auf der Spitze. Männer von Baselland, es gilt die Ehre, wir dürfen nicht zurückbleiben. Erheben sich hier und da auch wieder Schwierigkeiten, will die Schlange der Diplomatie mit ihrem giftigen Geifer noch einmal unsere Thatkraft tödten: vergebens! Wir haben schon andere Hindernisse überwunden; wir haben schon früher jene Diplomatie zu fassen gewußt, wir werden es auch jetzt. Doch kein Wort mehr, die Zeit dringt. Darum: vorwärts, vorwärts! Liestal, den 28. März 1845. Das Comite des basellandschaftlichen Anti-Jesuitenvereins.

Osmanisches Reich.

Constantinopel, 19. März. — Das türkische Dampfboot Esseri Dschehid brachte von Beirut unter einer Zahl von mehr 300 Pilger einen Pestkranken in die Smyrnaer Quarantaine, welcher Fall sogleich die umsichtigsten Vorsichtsmaßregeln ins Leben rief, so daß man allen Grund hat, auf schnelle Erstickung des Uebels zu hoffen. In Folge dieses Vorfalles hat übrigens der hiesige Sanitätsrath für alle frischen Provenienzen eine Quarantaine von 15 Tagen angeordnet. — Man versichert, daß in den letzten Tagen die sy-

rische Frage eine allseitig befriedigende definitive Lösung erhalten habe, und auf Grund derselben neue Instruktionen nach Syrien abgeschickt worden seien.

Miscellen.

(Ueberschwemmungen.) Auch heute haben wir wieder eine Menge trauriger Nachrichten von Ueberschwemmungen mitzutheilen. Wenn wir zuerst den Lauf der Elbe und ihrer Zuflüsse verfolgen, so vernehmen wir aus Prag, daß sich dort unterhalb der Stadt in der Moldau ein Eisdamme gebildet hatte, in Folge dessen die Stadt zum Theil unter Wasser gesetzt ward; endlich gelang es, diesen Eisdamme mit Bomben zu sprengen. In Dresden war am 1. April die Elbe bereits um 6 Fuß gefallen. Die Brücke wurde wieder frei passirt, nur nicht von Fuhrwerk, da man die Erschütterung vermeiden wollte, weil der Pfeiler bis fast in die Mitte der Fahrbahn abgebrochen ist. Für Postwagen sollte sie am 4ten wieder fahrbar sein. Unterhalb Dresden steht Meissen noch immer im Wasser, die Brücke ist nicht zu passiren. Der größere Theil der Stadt mit dem Kleinmarkt, Jahrmarkt und Neumarkt bildet eine zusammenhängende Wasserfläche, in welcher die Häuser bis zur ersten Etage, theilweise bis unter das Dach im Wasser stehen. Auch die Verbindung auf der Chaussee war nicht möglich und die Gefahr wuchs noch. Am 31. stürzte auf dem Neumarkt ein Haus zusammen und es gelang nur mit Mühe, die darin befindlichen 5 Personen zu retten. Die anderen Häuser, welche einer gleichen Gefahr ausgesetzt waren, wurden geräumt und deren Bewohner, die meistens unter die Dächer geflüchtet waren, gerettet. Es hatte sich ein Hülfscomitee gebildet. Bei Strehla brach das Eis am 28. März Vormittags um 8 Uhr. In den beiden folgenden Tagen stieg das Wasser 9 Ellen über den gewöhnlichen Wasserstand. Am 31. Morgens um 3 Uhr sprang der Eisdamme zwischen Strehla-Trebnitz und Strehla-Görzig und von hier ging die Wasserfluth über die Felder, wobei auch die preussischen Dörfer Pausnig, Schirmenitz u. s. w. überschwemmt wurden. In der Nacht zum 1. April erfolgte ein zweiter Durchbruch unterhalb Strehla-Trebnitz. Die Gebäude wurden theilweise hinweggerissen, ein 19jähriger Schmiedesohn wurde bei der Rettung des fortschwimmenden Eigenthums seines Nachbarn von den hohen Fluthen ergriffen und verschwand in denselben. Außerdem sind Dammebrücke erfolglos. Am 31. März begann das Wasser wieder zu fallen. Oberhalb Dresden bildet das Elbthal in dem Gebirge der sächsischen Schweiz ein grauenregendes Bild. In Schandau war am 31. März nur noch eine einzige Gasse, die Zauke, von der Ueberschwemmung frei geblieben, in den übrigen standen die Häuser zum großen Theil mit dem zweiten Stock in der Fluth; in den meisten Häusern befinden sich auch im zweiten Stockwerk noch mehrere Ellen Wasser. Kinder, Kranke, Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen mußten durch die Fenster gerettet werden, nachdem sie die Nacht angstvoll in der Kälte auf den Böden zugebracht hatten. Am Sonntag konnte kein Gottesdienst stattfinden. Die Läden sind bis auf einen Kaufmann, einen Bäcker und einen Fleischer geschlossen. Beruhigend ist auch hier die

Nachricht daß das Wasser am 31. stillstand, und bis dahin, trotz der großen Verluste an Eigenthum, noch kein Mensch das Leben eingebüßt hatte. Der Elbstrom war mit Holz, Gebäuden, Geräthschaften wie bedeckt, auf einzelnen derselben trieben Thiere; aus einem, welches bei Schandau angehalten wurde, retteten sich der Haushund und die Kage, aus einem andern eine Ziege. Auch aus Schandau ist ein ganzes, jedoch geräumtes, Haus abgehoben und fortgetrieben worden. In Halle war der Wasserstand der Saale vom 1. auf den 2ten April von 15 Fuß auf 13 Fuß 1 Zoll gefallen. Die Brücke bei Roslau war nicht mehr zu passiren. — Bei Magdeburg stieg die Elbe im Verlauf des 2. April von 23 Fuß 4 Zoll auf 24 Fuß 1 Zoll. Am Abend vorher war bei Prester der Deich gebrochen und die Feldmarken der Dörfer Prester und Kraskau wurden überschwemmt. — Hinsichtlich der Weser können wir melden, daß in Bremen das Wasser wieder fiel; am 31. März Abends stand dasselbe an der großen Brücke noch 14 Fuß 5 Zoll hoch. Der Dammebruch bei dem Buntten Thore geht in das sogenannte neue Land, wodurch die Stadt selbst aus ihrer Bedrängniß befreit wurde, denn das Wasser fiel dadurch augenblicklich. Wie viele Menschen bei dem Dammebruch umgekommen sind, weiß man noch nicht, eben so wird die Zahl der Häuser zwischen 20 und 40 angegeben; die Posten waren, bis auf die Oldenburger, am 1. April sämmtlich ausgeblieben. Der Neckar ist an vielen Stellen ausgetreten. Cannstadt liegt wie eine Insel mitten im Wasser und die Wogen gehen mehrere Fuß hoch über die Landstraßen. Auch in der Stadt waren mehrere Straßen überschwemmt; indeß fiel das Wasser bereits am 30. — In Würzburg standen am 29ten alle an den Main stoßende Straßen unter Wasser, so daß die Verbindung nur durch Rähne unterhalten werden konnte. — Bamberg erlitt am 28ten und 29ten eine Ueberschwemmung, welche einen großen Theil der Stadt unter Wasser setzte, indeß hatte man Zeit zum Retten gehakt und in der Stadt ist kein Unglück geschehen. — Der Rhein und Main haben noch immer einen hohen Wasserstand. In Sachsenhausen, einem Stadttheile Frankfurts jenseits des Mains, konnte am 30ten kein Gottesdienst gehalten werden, weil die Kirche mit Wasser angefüllt war, und in Frankfurt selbst mußten wegen des hohen Wassers mehrere Häuser geräumt werden. Eben so verschwand ein Theil der Messbuden und die Messe ist vollständig gestört worden. Am 31ten Morgens stand in Frankfurt der Main 20 Fuß 5 Zoll rheinisch hoch und stieg fortwährend. Dieses neue Steigen des Mains hat auch die Beförderung der Posten von Frankfurt nach Leipzig und Würzburg, wie das Frankfurter Oberpostamt selbst bekanntmacht, ganz unmöglich gemacht, und eben so hat auch die Taunus-Eisenbahn ihre Fahrten ganz einstellen müssen. In Coblenz steht das Wasser fufhoch höher, als im vorigen Frühjahr. Die Dampfboote lassen ihre Güter und Passagiere über die Krenelirte Mauer passiren, deren Schießcharten das Wasser bespült. Am 29ten März stand das Wasser in Koblenz 27 Fuß über den gewöhnlichen Stand. Von Köln aus bot der Rhein am 31ten März einen wahrhaft traurigen

Anblick. Ueberall war er aus den Ufern getreten; alle am Rhein liegende Straßen waren überschwemmt und die Gasthöfe am Rhein im Erdgeschos mit Wasser angefüllt; von dem Zollhause an der Brücke sah man nur die obere Hälfte, und aus den Gärten in Deuz ragten nur die Spitzen der Bäume hervor. Die dortigen Dragoner mußten ihre Caserne verlassen und wurden in die benachbarten Dörfer vertheilt. Dabei war das Wasser noch immer im Steigen. Die Ueberschwemmung ist die schlimmste, welche seit zwei Menschenaltern die Gegenden am Rhein heimgesucht hat und wird große Nachwehen haben. Man hat in Köln bereits eine Speiseanstalt eingerichtet und zeigt sich überhaupt wohlthätig. Am 30. Abends 6 1/2 Uhr stand das Wasser 31 Fuß 7 1/2 Zoll hoch, doch hatte das Waschen an Schnelligkeit abgenommen. Aus Düsseldorf meldet man vom 1. April, daß das Wasser des Rheins im Fallen, obgleich immer noch 27 Fuß hoch war. Zwei Dritteile der Stadt standen unter Wasser und jenseit des Rheins ist Alles überschwemmt, die Dörfer sehen wie Inseln hervor. Bis dahin wußte man nur von dem Verlust eines Menschenlebens: bei Hamm war eine Dienstmagd, die sich auf einem Kahn retten wollte, mit diesem umgeschlagen, und ertrunken. In Düsseldorf hatte sich besonders d. r. Brückenmeister Kuhn durch seine Veranstaltungen, um die Verbindung zu erhalten, großen Dank erworben. Aus Trier meldet man, daß die Mosel am 29. März an der dortigen Brücke 22 Fuß hoch stand. Aus Holland lauten die Nachrichten sehr beruhigend.

Berlin. Es bestätigt sich, daß der dritte Sohn des hiesigen Englischen Gesandten Lord Westmoreland um die Hand der Sängin Jenny Lind angehalten hat. Da dieser junge Mann eine heftige Neigung zu der liebenswürdigen Sängerin gefaßt hatte, jedoch kein Gehör bei derselben fand, weil dieselbe bereits verlobt ist, so begab sich Lord Westmoreland, der gegen die Neigung des Sohnes nichts einzuwenden hatte, selbst zu Fräulein Lind, um den Bescheid aus ihrem eigenen Munde zu erfahren. Dieselbe erklärte mit vieler Theilnahme, daß sie die Neigung seines Sohnes nicht erwidern könne, weil ihr Herz nicht mehr frei sei. Wie man hört, soll ihr Verlobter ein junger schwedischer, der Sprachwissenschaft obliegender Gelehrter sein. Jedenfalls gereicht es dem Herzen der jungen Sängerin zur Ehre, daß der überaus glänzende Erfolg, welcher ihr zu Theil geworden ist, keine Aenderung in Bezug auf frühere Verhältnisse hervorgebracht hat.

Hannover, 24. März — Man wird sich wohl erinnern, daß zur Zeit des Hamburger Brandes der König von Hannover die bedeutende Summe von 100,000 Thlrn. zur Unterstützung der nachbarlichen Bevölkerung versprochen. Die ganze Subscription hat sich bekanntlich auf 4 Mill. belaufen, Preußen lieferte gegen 800,000 Thlr. Die Beistruer des Königs von Hannover ist, wie wir wissen wohl, aus welchen Gründen, bis jetzt von dem hannoverschen Cabinet nicht ausbezahlt worden, obgleich der König die Summe angewiesen. Es wird wohl genügen, auf diesen Umstand hinzuweisen, um eine öffentliche Erklärung über diesen Gegenstand hervorzurufen. (R. u. M. Z.)

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

Breslau, 6. April. — In der beendigten Woche sind (excl. 2 todtgeborener Knaben) von hiesigen Einwohnern gestorben: 35 männliche und 29 weibliche, überhaupt 64 Personen. Unter diesen starben: An Abzehrung 4, Altersschwäche 5, Bräune 1, Lungenentzündung 4, Gehirnentzündung 3, Unterleibsentzündung 2, Nervenfieber 4, rheumatischem Fieber 2, Schleimfieber 1, Zehrfieber 2, Sict 1, Krämpfen 7, Krebschaden 1, Lebensschwäche 1, Magenleiden 2, Unterleibleiden 2, Schlagfluß 5, Strickfluß 2, Lungenschwindsucht 6, Luftröhrenschwindsucht 3, Schleimschwindsucht 1, Gehirnhöhlenwasserfucht 1, Brustwasserfucht 3, Bauchwasserfucht 1.

Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: Unter 1 Jahre 13, von 1—5 J. 5, von 5—10 J. 3, 10—20 J. 2, 20—30 J. 7, 30—40 J. 7, 40—50 J. 8, 50—60 J. 7, 60—70 J. 4, 70—80 J. 7, 80—90 J. 1.

Der heutige Wasserstand der Oder am hiesigen Ober-Pegel ist 19 Fuß 10 Zoll, und am Unter-Pegel 11 Fuß, mithin ist das Wasser seit vorgestern am ersten um 1 Fuß 5 Zoll und am letzteren um 2 Fuß 3 Zoll wieder gefallen.

Breslau. Das hiesige Kreisblatt enthält folgende landrätliche Bekanntmachung: Eingegangenen Nachrichten zufolge sind nachbenannte Brücken von dem großen Wasser und Eisgange im Kreise theils fortgerissen, theils unbrauchbar geworden. 1) Die Lohbrücken bei Wasserjentsch und Rothfürben, Gr. Mochern und Schmiedefeld und in Loh selbst, so wie bei Opperau. 2) Die

Weistritzbrücke bei Arnoldsühle. 3) Auf der Chaussee nach Dhlau, die Brücke bei Radwanitz, deren Gemölbe gesprengten und die Brustwehren unterspült sind, die dahinter liegenden hölzernen Fluthrimmen, welche fortgerissen worden. Auf der Chaussee von hier nach Hundsfeld sind 3 Brücken stark beschädigt und unfahrbar geworden. Auf der Chaussee von hier nach Trebnitz die sogenannte lange Brücke bei Rosenthal und die vor Hügnern. 6) Die Kreuzburger Straße zwischen Hundsfeld und Sawallen erlitt einen Durchbruch. 7) Ebenso die Chaussee von hier nach Trebnitz zwischen Rosenthal und Lilienthal. 8) An Oberdämmen wurden durchrissen: a) der Janowitz, b) der Lanischer. 9) Bei Breslau wurde die Dombrücke für die Fahr-Passage unbrauchbar. Zur schleunigen Wiederherstellung der Passage wird Alles aufgeboden werden.

† Breslau, 4. April. — Sehr leicht hätte sich am gestrigen Vormittage zu der allgemeinen Wassergefahr auch eine umfangreiche Feuergefahr gesellen können. Der Marqueur einer Restauration in der Nikolai-Vorstadt war zu dieser Zeit damit beschäftigt, Colophonien aus einem Kellerraum in den Garten des Hauses zu tragen, um dasselbe dort für den Verbrauch zur Gasbeheizung geschickt zu machen. Dabei bediente aber sich derselbe einer blechenen Lampe ohne Laterne und ließ dieselbe später brennend auf einer offenen, mit der gedachten Harzmasse gefüllten Tonne im Kellerraum zurück, als er denselben verließ. Dort ergriff nun später das Lampenlicht den Harz und setzte es in Brand, was indeß den Nachbarn durch einen bald verbreiteten sehr übelriechenden Qualm noch zeitig genug bemerkbar wurde,

so daß die drohende allgemeinere Gefahr noch beseitigt werden konnte, ohne daß es dazu zu spät geworden war. Aber auch dies war für die zur Hülf herbeigeleiteten Personen selbst nicht ohne Gefahr zu erlösen zu beverksstelligen, da die dicken aus dem Keller strömenden Rauchmassen jede Annäherung hinderten und die Dämpfung des Brandes endlich nur durch Vermauern der Kellerfenster und das Verstopfen des Eingangs mit feuchtem Dünge zu erreichen, bevor sich noch die vielen andern mit demselben Harz und Pech gefüllten Fässer entzündet hatten.

† Breslau, 5. April. — Im Laufe des verfloffenen Winters sind nach und nach mehrere Schwäne im Stadtgraben unterhalb der Taschenbafion zerfleischt und getödtet worden. Nachdem man zur endlichen Entdeckung des Feindes einer unserer größten Bierden des gedachten Wasserpegels durch einige Zeit des Nachts einen Jäger an das Schwanenhäuschen postirt hatte, ist es demselben am verfloffenen Sonntage des Nachts endlich gelungen, ihn in dem Moment durch eine Kugel zu tödten, als er eben wieder zwei von den noch vorhandenen Schwänen zerfleischt hatte. Bei näherer Besichtigung des Kadavers fand es sich denn, daß es ein mächtiger, einem hiesigen Einwohner gehöriger Wolfshund gewesen war, der sich des Nachts frei umhergetrieben hatte.

* Breslau, 5. April. — Als kräftigste Waffe zur Bekämpfung priesterlicher Annahmen und Uebergriffe hat sich seit längerer Zeit die Presse bewährt, in specie die Presse, welche in dem ultramontanen Lager mit

Ein Collisionſfall und das römisch-katholiſche Kirchenblatt.

In unſerem Artikel „Ein Collisionſfall, gelöſt durch das römisch-katholiſche Kirchenblatt“ in No. 74 Beilage 1. 2. hatten wir unſere geneigten Leſer auf die gefährlichen Grundſätze aufmerkſam gemacht, welche ſich in No. 13 deſ hieſigen römisch-katholiſchen Kirchenblattes zu offenbaren anſingen. Wir glaubten indeſſen, daß das r. Kirchenblatt nicht ſo weit gehen könnte, als es in No. 14 wirklich gegangen iſt, und ſtellten ihm daher eine Frage, deren Beantwortung dem Kirchenblatte Gelegenheit gegeben haben würde, die ihm allein zukommende, etwas verrückte Stellung gegen den Staat wieder von neuem einzunehmen. Wir haben unſ indessen zu unſerem Leidweſen getäuſcht.

Der Stand der Sache, auf welchen wir nicht unterlaſſen dürfen, alle Staatsbürger aufmerkſam zu machen, iſt jezt folgender. Das Kirchenblatt hatte unter beiſpielsweiſer Anführung der zwifchen dem Staate und den römisch-katholiſchen Klerus zu Collisionen Anlaß gebenden Verhältniſſe der gemiſchten Ehen in No. 13 ausgeſprochen: „Wenn ein Biſchof, anſtatt dieſen Antrag (auf Beſeitigung der Collision Seitens deſ Staates und der Kirche) zu machen, mit Hintanſetzung der kirchlichen Geſetze ſich gegen ſein Kirchenoberhaupt auf die von ihm zu befolgenden bürgerlichen Geſetze berufen wollte, ſo vergäße er, daß er ſelbſt als einzelner Biſchof zu dieſer Beſeitigung der Collision gar nicht befugt iſt. Er würde ſich dadurch zum höchſten kirchlichen Geſetzgeber aufwerfen, und ſich thatſächlich die Macht zuſprechen, kirchliche Geſetze zu abrogiren und bürgerliche zu recipiren.“ Wir hielten dem Kirchenblatte die Rehrſeite ſeiner Schlußfolgerung vor Augen, welche alſo ausſieht: Wenn nun ein Biſchof mit Hintanſetzung der Geſetze deſ Staates, deſſen Bürger er iſt, ſich gegen ſein Staatsoberhaupt auf die von ihm zu befolgenden kirchlichen Geſetze berufen wollte, ſo vergäße er, daß er ſelbſt als (einzelner) Biſchof zu dieſer Beſeitigung der Collision gar nicht befugt iſt. Er würde ſich dadurch zum höchſten bürgerlichen Geſetzgeber aufwerfen, und ſich thatſächlich die Macht zuſprechen, bürgerliche Geſetze zu abrogiren und kirchliche zu recipiren. Hierauf legen wir dem erleuchteten Kirchenblatte noch die natürliche Frage vor, was ein Biſchof thun müſſe, wenn er ſich zur Beſeitigung der Collision an ſein Staatsoberhaupt gewendet hat, und der ſogenannte höchſte kirchliche Geſetzgeber in die zur Beſeitigung der Collision gemachten Vorſchläge nicht eingehen will, indem wir dieſe Frage mit folgenden Worten im Namen deſ Kirchenblattes beantworteten: „Zweifelsohne wird er die Geſetze deſ Staates, in dem ſeine Diöceſe liegt, ſo lange befolgen müſſen, biſ der Streit entſchieden iſt“, indem wir dem römisch-katholiſchen Kirchenblatte nicht zumuthen wollten, die nach unſeren Grundſätzen einzig richtige Bejahung der Frage auszusprechen. Aber das Kirchenblatt hat unſere gute Abſicht zurückgewieſen und ſich geradezu für die Verneinung jener Frage entſchieden.

Daß die Schleiſche Zeitung nur eine autonomiſche Autorität, den Staat, anerkennt, nennt das Kirchenblatt einen Grundirrhume.

Die Schleiſche Zeitung vergöttere (nach welcher Folgerung?) in dieſem Grundirrhume entweder den Staatskörper oder vergeſſe auf Gott und Offenbarung. Und wie beweift das Kirchenblatt dieſes ſchöne „entweder — oder“? Man höre: „im erſteren Falle hat ſie im Staatsoberhaupt den Primus inter Pares, der ſein Recht, ungeachtet ſeiner „Vergötterung“ jedoch nur von den Pares (wer ſind dieſe Glüklichen?), und weil dieſe urſprünglich noch keine Pairskammer bilden (ſchöne poli-tiſche Anſichten!) nur vom Volke hat.“ Im andern Falle ſolle die Schleiſ. Zeitung auf Gott und Offenbarung „gänzlich“ vergeſſen haben; und warum? Antwort: „In der Offenbarung ſteht nämlich der „Bibelſpruch (ſic): „Man ſolle Gott mehr gehorchen, als den Menſchen.“ Voila tout. Das Kirchenblatt iſt um ſeinen anonymen Vertheidiger wirklich zu beneiden; wir möchten wohl den Mann kennen lernen.

Sehen wir auf unſere Collision zurück, welche darin beſtand, ob der preuß. Biſchof den Geſetzen deſ preuß. Staates oder den Befehlen deſ römischen Biſchofs gehorchen ſolle, wenn jene Geſetze und dieſe Befehle nicht im Einklang ſtehen. Wenn wir nun behaupten, daß der preuß. Biſchof den preuß. Geſetzen ſo lange gehorchen ſolle, biſ die preuß. Regierung ſich mit dem römischen Biſchofe geeinigt habe (genüß eine vom Kirchenblatte an-zuerkennende Conceſſion unſererſeits), ſo haben wir auf Gott und Offenbarung gänzlich vergeſſen! denn in der Bibel ſteht: „Man ſolle Gott mehr gehorchen als den Menſchen.“ O Kirchenblatt, wie vergiſſeſt du dich, der du unſ Vergötterung der Staatsoberhauptes vorwirſt! Was thuſt du: du vergöttereſt den römischen Biſchof, ein ſchwaches, ſündiges Menſchenkind, wie wir Alle; anders kann man

keine Rede nicht faſſen, als daß du meinteſt: der preußiſche Biſchof müſſe den Befehlen deſ römischen Biſchofs gehorchen, ſelbſt gegen die Staatsgeſetze. Da nun aber doch der Biſchof und ſein Klerus Lenker eines großen Theiles deſ Volkes ſind, ſo ſoll auch dieſes nach dem Willen deſ Kirchenblattes die Geſetze deſ Staates rechts liegen laſſen, wenn der römische Biſchof lin's zu gehen beſiehtt.

Hiermit ſteht im vollkommnen Einklange, was das Kirchenblatt der Schleiſ. Zeit. ferner vorwirft: „wenn demnach die katholiſchen Biſchöfe im Sinne der Schleiſ. Zeit. unter der Rubrik von Staatsbeamten zu ſtehen kommen, wie ſollte man es nicht ganz natürlich finden, wenn die Schleiſ. Btg. die Autonomie der katholiſchen Kirche für aufgehoben zu erklären, und den Grundſatz aufzuſtellen gute Luſt hat, daß die katholiſchen Biſchöfe ſich als Staatsbeamte zu betrachten haben. Dann allerdings hätten ſie im Staate ihre primäre und in der Kirche (d. h. im römischen Biſchofe) ihre ſecundäre Auctorität anzuerkennen.“ Kann man deutlicher ſein? Das Kirchenblatt hält es für eine Verletzung der Biſchöfe, ſie für Staatsbeamte zu halten! Das Kirchenblatt erklärt offenbar, daß der Staat für die Biſchöfe, für den Klerus und die von ihnen gelenkten Laien nur eine ſecundäre Auctorität ſei, im Verhältniſſe zu den Dictaten deſ römischen Biſchofs, welche primäre Auctorität genießen. Alſo nur dann ſollen die Staatsgeſetze beobachtet werden, wenn ſie den vom römischen Biſchofe erlaſſenen Befehlen nicht widerſprechen! O Kirchenblatt, wie ſteht es dann mit den zwei von Gott eingefeſtigten, oder „göttlichen“ Auctoritäten, dem Staate und der (römischen) Kirche? Wahriſcheinlich iſt erſterer zwar eine „göttliche“, die römische Kirche aber eine „götlicherer“ oder gleich im Superlativ: die „göttlichſte“ Auctorität? Wir ſind mit dem Kirchenblatte und deſſen unbekanntem Redner pro domo zu Ende.

Nur noch einige Worte, die den Schreiber dieſer Zeilen ſpeciell betreffen. Derſelbe hat es für ſeine Pflicht gehalten, allen denjenigen Auffäßen ſeinen Namen unterzuſetzen, in welchen er die Anſichten irgend einer genannten Perſon anzugreifen oder zu beleuchten für gut hielt. Ferner hat derſelbe es nie unter der Würde ſeiner „Perſon“ oder ſeines ſtädtiſchen und „königlichen Beamtenthums“ gehalten, ſeinen Gegner zu widerlegen, weil er es konnte. In derſelbe hat fogar nicht Anſtand genommen, ſolche Pfeile aufzufangen, die man hinter dem Strauche ihm zuſendet, weil es ihm nicht um die Perſon, ſondern um die Sache zu thun iſt, welcher ſeine Beſtrebungen gewidmet ſind. Dieſ zur Notiz für das Kirchenblatt und ſeine anonymen Genoffen. Behnſch.

Zweiſilbige Charade.

Ein griech'iſches Eiland zeigt die Eins ohn' erſten Staben,
Wird ſie vor ihrem Fuß noch einen Lauten haben,
Die Zwei klingt galliſch zwar, doch ſteht ſie zweiſach da;
So giebt ihr Mutterrecht ſchon längſt Germania.
Ein Ganzes zeigt ſich oft im kirchlichen Gebiet
Wie man in unſrer Zeit ſo manches Beiſpiel ſieht.
G. R.....r.

Handelsbericht

Breſlau, 5. April. — In Folge der durch die bedeutenden Ueberſchwemmungen mehrfach geſtörten Communication hatten wir an unſerem Getreide-Markte in dieſer Woche wiederholt nur eine ſehr geringe Zufuhr.
Weizen hat keine weſentliche Veränderung erfahren und nur die ſchwereren Qualitäten bedangen etwas beſſere Preiſe. Bezahlt wurde: gewöhnlicher gelber Weizen mit 38 à 44 Sgr. 80/100 Pfd. Waare mit 45 à 48 Sgr., weißer Weizen mit 45 à 50 Sgr., ſchwere Waare biſ 56 Sgr. pr. Schffl.
Roggen war für Oberſchleſien gefragt und holte in ſchwerer Qualität 36 à 38 Sgr., in geringerer Waare 32 à 35 Sgr. pr. Schffl.
Gerſte ziemlich unverändert, nach Qualität mit 28 à 32 Sgr. pr. Schffl. bezahlt.
Hafer, ſehr begehrt, holte nach Beſchaffenheit der Waare 24 à 27 Sgr. pr. Schffl.
Erbsen fanden zu 35 à 42 Sgr. pr. Schffl. willige Nehmer. Für Roggen, Hafer und Erbsen bleiben Käufer für Oberſchleſien.
Von Rappſaat kam nichts vor.
Leinſaaten werden ſparſam angetragen, und fordert man für Schlagſaat 3 1/2 à 4 1/4 Rtl., für Säſaat 6 à 7 1/2 Rtl. pr. Saß von 2 Schffl. nach Qualität.
Die Umſätze von Klee waren nur mäßig, und hat ſich in den Preiſen nichts weſentlich geändert. Feine rothe Saat auf 15 à 15 1/2 Rtl., ſein-mittel auf 14 à 14 1/2 Rtl. gehalten. Von mittel Saaten kam Einiges in den Preiſen von 13 à 11 1/2 Rtl. pr. Cir. zu Gelde. Feine weiße Saat 13 1/2 Rtl., ſein mittel biſ ordinaire 13 à 8 Rtl. pr. Cir. zu notiren.
Spiritus zu 5 1/2 Rtl. pr. 60 Quart à 80 ° käuflich.
Rohes Rübböl wurde mit 11 1/2 à 12 Rtl. bezahlt. Die Vorräthe ſind nicht bedeutend.

Actien-Courſe.

Breſlau, vom 5. April.
Der Verkehr in Eiſenbahnactien war heute nicht beträchtlich
Oberſchleiſ. Litt. A. 4% p. C. 124 1/2 Br. prior. 103 Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 116 1/4 bez.
Breſlau-Schweidniß-Freiburger 4% p. C. abgeſt. 120 1/2 1/4 bez., Ende 120 Br.
Breſlau-Schweidniß-Freiburger prior. 102 Br.
Rheinische 4% p. C. 102 bez.
Rheinische prior. Stamm 4% Zuſ. Sch. p. C. 110 1/2 Br.
Niederrheinische (Köln = Minden) Zuſ. Sch. p. C. 110 1/2 u. 2/3 bez.
Niederrhein. = Märk. Zuſ. Sch. p. C. 114 Stb.
dito Zweigb. (Bog. = Saag.) Zuſ. Sch. p. C. 105 Br.
Sächſ. = Schleiſ. (Dreſd. = Görl.) Zuſ. Sch. p. C. 117 1/4 Br.
Neiſſe-Brieg Zuſ. Sch. p. C. 104 1/2 Br.
Kraſau-Oberſchleiſ. Zuſ. Sch. p. C. unabgeſt. 110 1/2 u. 1/2 bez.
Wilhelmsbahn (Coſel-Oderberg) Zuſ. Sch. p. C. 116 1/4 Br.
Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Zuſ. Sch. p. C. 103 1/2 u. 2/3 bez.

Breſlau, den 6. April.

Auf der Breſlau-Schweidniß-Freiburger Eiſenbahn wurden in der Woche vom 30ſten v. biſ 5ten d. M. 3611 Perſonen befördert. Die Einnahme betrug 2944 Rtl. 26 Sgr. 9 Pf.
Im Monat März e. fuhrn auf der Bahn 11,148 Perſonen. Die Einnahme betrug:
an Perſonengeld 5360 Rtl. 10 Sgr. = Pf.
für Vieh-, Equipagen, u. Güter-
transp. (67,435 E. 105 Pfd.) 5240 = 21 = 5 =
Zuſammen 10601 Rtl. 1 Sgr. 5 Pf.
Im März 1844 war die
Einnahme 6569 Rtl. 25 Sgr. 10 Pf.
mithin 1845 mehr 4031 Rtl. 5 Sgr. 7 Pf.

Für die durch Ueberſchwemmung verunglückten Oſt-preußen gingen ferner bei unſ ein:
Transport 64 Rtl.
Ungeannt 10 Sgr.
vom Schulen-Vorſteher Hrn. Heinemann . . . 1 = — =
von Fräulein L. v. W. 5 = — =
„ J. W. 2 = — =
„ A. G. J. 1 = — =
durch eine Sammlung deſ Königl. Lieut. u.
Adjutanten Hrn. v. Wedell in Schweidniß 2 = 4 =
von Frau Bankier Weigelt 3 = — =
„ Hrn. Diviſ.-Prediger Dr. Rhobe . . . 1 = — =
„ P. 2 = — =
„ v. H. in Delſ 1 = 15 =
Summa 82 Rtl. 20 Sgr.

Breſlau den 6. April 1845.
Expedition der priv. Schleiſchen Zeitung.

Bekanntmachung.

Der Schaden, welchen das Feuer:
1) am Hauſe Nr. 9 Neue Sand-ſtraße, am 9. Febr. pr. verurſacht, iſt auf 41 Rtl. — Sgr. — Pf.
2) am 20. April pr. dem Hauſe Gerbergaffe Nr. 8 zugefügt, iſt auf 31 = — = — =
3) am 20. April pr. dem Hauſe Stockgaſſe Nr. 12 verurſacht, iſt auf 3 = 15 = — =
4) am 20. April pr. dem Hauſe Stockgaſſe Nr. 17 verurſacht, iſt auf 145 = 9 = — =
5) am 20. April pr. dem Hauſe Stockgaſſe Nr. 18 verurſacht, iſt auf 8541 = — = — =
6) am 20. April pr. dem Hauſe Stockgaſſe Nr. 19 verurſacht, iſt auf 158 = 25 = — =
7) am 12. Juni pr. in der Papiermühle verurſacht, iſt auf 4923 = 13 = — =
8) am 12. Juni pr. in der Delmühle verurſacht, iſt auf 6 = 9 = — =
9) am 12. Juni pr. in der Tuchwalke verurſacht, iſt auf 24 = 24 = — =
10) am 24. Dec. pr. dem Hauſe Laurentiuſplatz Nr. 20 verurſacht, iſt auf . . . 10 = — = — =
11) am 5. Febr. e. in dem Hauſe Kloſterſtraße Nr. 40 verurſacht, iſt auf 4350 = 28 = 5 =

zuſammen auf 18236 Rtl. 3 Sgr. 5 Pf.
d. i. Achtzehn Tauſend Zwei Hundert Sechſ und Dreißig Thaler, Drei Silbergroſchen Fünf Pfennige, abgeſchätzt worden.
Wir haben daher den Beitrag zur Vergütung dieſer Schäden auf zwei Silbergroſchen von jedem Hundert Thaler der Verſicherungſumme bei unſerer ſtädtiſchen Feuer-Societät feſtgeſetzt.
Indem wir dieſ vorläufig zur Kenntniß der Betheiligten bringen, bemerken wir: daß die Bekanntmachung über den Termin zur Einzahlung erfolgen wird, ſobald die Beiträge jedes einzelnen Aſſociaten berechnet ſind.
Breſlau den 18. März 1845.
Der Magiſtrat hieſiger Haupt- und Reſidenzſtadt.

Beachtenswerthes für Schafzüchter im Auslande.

Ergebnst Gefertigter mache hiermit die Anzeige, daß ich für die bevorstehende Wollschur eine Parthie von meinem Wollwaschpulver zur kalten Wäsche, wo mit einem Centner nach meiner Anleitung 3000 Schafe blank weiß gewaschen werden können...

Um allen Irrungen vorzubeugen, zeige ergebenst an, daß ich außer bei Herrn Carl Steulmann in Breslau — bei sonst Niemand — weder in Breslau noch in Berlin von meinem Waschpulver ein Lager halte; es ist demnach das Waschpulver, was von Breslauer Droguisten als Preisfisches ausgeben wird...

Pesth, den 31. März 1845.

Jos. And. Preis.

Maler-Farben

und Blauweiß in Del abgerieben offerirt: Gustav Franke, Reusche- und Grenzhausstraßen-Ecke No. 27.

Limburger Käse

den Ziegel von circa 2 Pfd. à 7 1/2 Sgr., empfiehlt Robert Hausfelder, Albrechtsstraße No. 17, Stadt Rom.

Besten fetten Limburger Käse offerirt billigst: C. G. Ossig, Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke No. 7.

Westphäl. Schinken

das Pfund 6 Sgr., empfing und offerirt Moriz Siemon, Weidenstr., Stadt Paris, Taschenstr. No. 15.

Brab. Sardellen, à Pfd. 7 1/2 Sgr., Rob. Hausfelder, Albrechtsstraße No. 17, Stadt Rom.

Ein Dekonom, mittler Jahre, verheirathet und militairfrei, der bereits seit einer Reihe von Jahren größere Güter selbst bewirtschaftet hat...

Engagements-Gesuch. Ein in allen Branchen der Dekonomie, namentlich im Ackerbau, in der Schaf- und Rindvieh-Zucht, Brennerei, Brauerei, Ziegelei...

Ein junger Mensch, welcher beabsichtigt, die Dekonomie zu erlernen, findet auf 2 Gütern, wo auch Brennerei betrieben wird, gegen eine mäßige Pension ein halbjähriges Unterkommen.

Ein Hauslehrer, kath. Religion, zugleich Klavierspieler, wünscht wieder eine detartige Stellung. Näheres erbittet man poste restante unter der Chiffre: S. C. Breslau.

Wollzettel verleihen, verkaufen oder lassen auf Bestellung anfertigen: Hübler & Sohn, Ring No. 35, eine Treppe, dicht an der grünen Mühle.

Zu vermieten, Termin Johanni zu beziehen: Sandstrasse No. 12, in der ersten Etage 5 Zimmer und Beigelass, in der zweiten Etage 4 Zimmer und Beigelass...

Zu vermieten, Termin Johanni zu beziehen ist Klosterstraße No. 80 eine Parterre-Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, 1 Entree, 1 Kabinett, Küche und Zubehör.

Zu vermieten, Termin Johanni zu beziehen ist Schweidnitzerstraße No. 34 eine Schlosser-Werkstätte zu Term. Johanni d. J. zu vermieten. Das Nähere 2 Stiegen.

Ich bin gesonnen, in meiner Behausung, Schweidnitzer Straße No. 13, ein Gewölbe nebst Comtoir einzurichten. Reflektirende können sich daselbst, 2 Stiegen hoch, beim Eigenthümer melden.

Eine gut meublirte Stube ist zu vermieten, Keherberg Nr. 8 im ersten Stock.

Sommer-Wohnung. Michaelisstraße, ehemals Polnisch-Neuborf No. 6, ist für diesen Sommer eine Garten-Wohnung in 8 Piecen, mit und ohne Stallung zu vermieten. Näheres Neumarkt No. 12 eine Treppe hoch.

Gartenstraße No. 9 ist ein Quartier von 2 Stuben, Alkove, Küche und Bodengelas zu vermieten und Johanni zu beziehen. Auch ist daselbst Buchsbaum zu verkaufen beim Wirth.

Wohnungen zu vermieten sind Gartenstraße No. 23 von 2 auch 3 Zimmer. Näheres zu erfragen Gartenstraße No. 21, bei F. Krawczynski, Gürtlerstr.

In dem Hause Friedrich-Wilhelms-Strasse No. 26 ist der erste Stock, wo gegenwärtig der Herr Oberamtmann Pauer wohnt, im Ganzen oder theilweise zu vermieten. Das Nähere zu erfahren Antonienstraße No. 30, bei B. Maunheimer.

Breslau den 4. April 1845.

Der erste Stock, bestehend aus 5 Piecen und Zubehör, auf einer belebten Straße, bald oder Johanni zu beziehen, wird nachgewiesen Schmiebrücke No. 59, in der Papierhandlung.

In einem herrschaftlichen Hause an der eisernen Brücke ist eine schöne Wohnung von 6 Stuben, Entree, Küche, Boden, Keller und Stallung, für 260 Rthlr. zu vermieten und Taschenstraße No. 13, im ersten Stock, zu erfragen.

Eine große Remise und Feuerwerkstätte ist Reusche Straße No. 24 zu vermieten.

Zu vermieten und Johanni zu beziehen, Dhlauer Straße No. 46 der zweite Stock.

Ein gut meublirtes Zimmer, Schuhbrücke No. 30, zwei Treppen hoch, vornheraus, ist an einen soliden Herrn bald zu vermieten und zu beziehen.

Carlstraße No. 42 ist ein großes Verkaufsgewölbe zu vermieten und das Nähere hierüber im Comtoir zu erfahren.

Hintermarkt No. 2 ist der zweite Stock, aus 5 Stuben nebst Zubehör bestehend, zu vermieten. Das Nähere bei J. G. Berger's Sohn, Hintermarkt No. 5.

Zu vermieten und Johanni zu beziehen ist Altbüßerstraße No. 28 der erste Stock von fünf Stuben nebst Zubehör. Näheres beim Wirth im goldnen Herz.

Wegen Verlegung ist neue Taschenstr. No. 4 eine Wohnung von 4 Stuben nebst Zubehör an einen ruhigen Mieter zu Johanni zu vermieten.

Ein Comptoir, erforderlichen Falles zum Gewölbe zu gestalten, mit und ohne Remise, ist Termino Johanni zu vermieten Junkenstraße No. 31.

Eine freundliche Wohnung, ohne Küche, ist Kupferstraße No. 37, in der dritten Etage, an einen ruhigen Mieter von Johanni c. ab zu vermieten. Das Nähere daselbst beim Wirth.

In der Erholung zu Pöpelwitz sind noch einige Sommerwohnungen zu vermieten. Das Nähere daselbst bei D. Meißel.

Messergasse No. 18 und 19 sind zwei gut meublirte Zimmer zu vermieten und bald zu beziehen.

Zu vermieten und Johanni zu beziehen ist Klosterstraße No. 80 eine Parterre-Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, 1 Entree, 1 Kabinett, Küche und Zubehör.

Wohnungs-Anzeige. Zwei Stuben im zweiten Stock vornheraus, nebst Bedientenstube, sind Termin Johanni an einen stillen Mieter abzulassen. Das Nähere darüber Friedrich-Wilhelmsstraße No. 74 a., in der Apotheke zu erfragen.

Zu vermieten Schweidnitzerstraße No. 34 ist eine Schlosser-Werkstätte zu Term. Johanni d. J. zu vermieten. Das Nähere 2 Stiegen.

Ich bin gesonnen, in meiner Behausung, Schweidnitzer Straße No. 13, ein Gewölbe nebst Comtoir einzurichten. Reflektirende können sich daselbst, 2 Stiegen hoch, beim Eigenthümer melden.

Ein Gewölbe nebst Comtoir ist zu vermieten und bald zu beziehen: Elisabethstraße No. 4, im goldnen Kreuz.

Am Ringe No. 24 ist ein großer Geschäfts-Keller von Johanni ab zu vermieten.

Sommerwohnungen sind in Krietern bei Kleinburg zu vermieten. Näheres Herrenstraße No. 4, zweite Etage.

Ein meublirtes Zimmer, mit besonderem Eingange, ist bald zu vermieten Taschenstraße No. 17, 3 Treppen.

Angekommene Fremde. Am 5ten. In den 3 Bergen: Hr. Jordan, Gutsbes., von Volkendorf; Hr. Hilges, Justiz-Commissarius, von Neumarkt; Hr. Müller, Stadtger.-Secretair, Hr. Langet, Stadtger.-Registrator, von Freiburg; Hr. Schwarz, Kaufm., von Fichten am Rhein; Hr. Meyer, Kaufm., von Schweidnitz; Herr Appel, Kaufm., von Tilsit.

In der gold. Gans: Hr. Friedlieb, Professor, von Bonn; Hr. Bayl, Rabinets-Rath, von Hedingen; Frau Oberstlieutenant Baronin v. Pauliny, von Wien; Hr. Treutler, Geh. Kommerzien-Rath, von Neu-Weißstein; Hr. Treutler, Partikulier, von Baden; Hr. von Gilsenheim, Ober-Landesgerichts-Rath, von Schmieberg.

In weißen Adler: Hr. Moutoloti, Regierungsrath, von Liegnitz; Hr. v. Grabski, von Posen; Hr. Graf von Hoyer, von Lüneburg; Hr. Pavel, Gutsb., von Escheschen.

In blauen Hirsch: Hr. Viebich, Kaufm., von Hirschberg; Herr Zwardy, Hr. Stern, Hr. Preis, Kaufleute, von Ratibor; Hr. v. Bielski, von Krakau; Weis, Stubosus, von Leobschütz.

In Hotel de Silésie: Hr. Graf v. Müllner, Kammerherr, von Pfaffenberg; Herr Grambsch, Justizrath, von Thiemendorf; Hr. Körner, Oberamt., Hr. Schels, Kaufmann, beide von Konstanz; Hr. Calmus, Kaufm., von Berlin; Hr. Dessauer, Kaufmann, von Würzburg; Hr. Toporowski, Administrator, von Gräs.

In deutschen Hans: Hr. Ronnyke, Apotheker, von Berlin.

In gold. Zepher: Hr. v. Burshy, von Glogau; Hr. Fränkel, Kaufm., von Berlin.

In weißen Kopf: Hr. Beudel, Kreis-Steuer-Einnehmer, Gutsbesitzerin Prietsch, beide von Steinau; Hr. Studart, Stadtältester, von Schweidnitz; Hr. Streubel, Hof-Schieferdecker, von Dresden.

In Privat-Logis: Hr. v. Hippel, Landrath, von Ples; Neumarkt No. 6; Hr. v. Randow, Partikulier, von Reichenbach; Hr. Haberkorn, Kaufm., von Reisse; Hr. Albrecht, Papierfabrikant, von Petersdorf; Hr. Hielscher, Oberförster, von Dittersbach, sämtl. Schweidnitzerstraße No. 5.

Am 6ten. In der gold. Gans: Hr. Graf v. Carmer, von Rügen; Hr. v. Lieres, von Stephanshayn; Hr. v. Eisner, Kammerherr, von Zieserwitz; Hr. Braune, Oberamtmann, von Kricau; Hr. Schönlein, von Berlin; Hr. Des Arts, Partikulier, von Hamburg; Frau Kaufm. Corty, von Glogau; Hr. Winkler, Organist, von Bromberg; Hr. Abraham, Kaufm., von Danzig; Herr Vetter, Kaufm., von Solingen; Hr. Reissner:

Kaufm., von Pesth; Hr. Schumann, Manufakturbesitzer, von Moabit. — Im weißen Adler: Herr Beral, Kaufm., von Kiew; Hr. Schwarz, Kaufm., von Frankfurt a. D.; Hr. Schott, Kaufm., von Berlin; Hr. Donnhöfer, Kaufm., von Marktbrich; Hr. Hein, Regalienpächter, von Hennerdorf; Hr. Reiffinger, Balletmeister, von Wien; Hr. Richter, Musiklehrer, Hr. Heller, Gastwirth, von Freiburg; Hr. Schaller, Gutsbes., Hr. Seborf, Inspektor, beide von Leipa. — In den drei Bergen: Hr. Guttman, Referendarius, von Ratibor; Hr. Simmers, Kandidat, von Schönow; Hr. Maber, Justitiarius, von Tarnowitz. — Im Hotel de Silésie: Herr Niemeyer, Hr. Schulz, Kaufleute, von Berlin; Hr. Reiter, Kaufm., von Dresden; Herr Hoffmann, Oberamtmann, von Seifersdorf. — Im blauen Hirsch: Hr. Schulz, Dekonom, von Hartmannsdorf; Hr. v. Woronicki, Sprachlehrer, von Ples; Hr. Scheffler, Hauptamts-Controllleur, von Stalmierzycy; Hr. Erdmenger, Berggeschworne, von Bochum; Hr. v. d. Lippe, Partikulier, von Bromberg. — Im deutschen Haus: Hr. Richter, Berg-Ingenieur, von Freiburg; Herr Schindler, Schichtmeister, von Reichenstein; Hr. v. Heybrand, Referendarius, von Berlin; Hr. Vogtherr, Kandidat, von Perschütz. — In zwei gold. Löwen: Hr. Pallastle, Kandidat, von Gimmel; Hr. Treumann, Gutsbesitzer, von Tschirnau; Hr. Neumann, Gutsbes., von Ellguth; Hr. Treutler, Kaufm., von Berlin; Hr. Hoffmann, Kaufm., von Bunzlau.

Wechsel-, Geld- u. Effecten-Course. Breslau, den 5. April 1845.

Table with columns: Wechsel-Course, Briefe, Geld. Rows include Amsterdam in Cour., Hamburg in Banco, London für 1 Pf. St., Wien, Berlin, Dito.

Table with columns: Effecten-Course, Zinsf., Geld. Rows include Kaiserl. Ducaten, Friedrichsd'or, Louisd'or, Polnisch Courant, Polnisch Papier-Geld, Wiener Banco-Noten à 150 Fl.

Universitäts-Sternwarte.

Table with columns: 1845, Barometer, Thermometer (inneres, äußeres, feuchtes niedriger), Wind (Richtung, St.), Luftkreis. Rows for 4. April and 5. April.

Table with columns: Getreide-Preis in Courant (Preuß. Maß), Breslau, den 5. April 1845. Rows for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen.